

**22/1993**

*Adeeva 8/8 / 20*

## **Standort Deutschland**

*Starke Wirtschaft  
Sichere Arbeit  
Gute Zukunft*



## **Bundes- ausschuß der CDU am 18. Juni 1993 in Bonn**

### **Aus dem Inhalt:**

- Bewährtes bewahren, aber auch erkennen, was sich ändern muß.  
Rede des Parteivorsitzenden,  
Bundeskanzler Helmut Kohl, auf  
der Sitzung des Bundesausschus-  
ses. Seite 2—14
- Thesen zur Sicherung des  
Wirtschaftsstandortes  
Deutschland. Beschuß des  
Bundesausschusses.  
Grüner Teil

## Bundeskanzler Helmut Kohl:

# Bewährtes bewahren, aber auch erkennen, was sich ändern muß

**An meiner Wiege ist mir nicht gesungen worden, daß ich einmal Parteivorsitzender, Ministerpräsident und schließlich Bundeskanzler werden würde. Nun bin ich diesen Weg mit manchen von Ihnen zum Teil über Jahrzehnte gemeinsam gegangen.**

Ich habe versucht, meine Pflicht zu tun. Ob das immer gelungen ist, ist eine offene Frage. Wer in solchen Funktionen versucht, seiner Ideengemeinschaft — denn das ist unsere Partei — und seinem Land zu dienen, macht natürlich auch Fehler. Ich habe an diesem Tage allen Grund, vielen zu danken, die mir in diesen zwanzig Jahren geholfen haben, die mir in Freundschaft und Kameradschaft verbunden waren und heute noch verbunden sind. Ich denke dabei auch an jene, die nicht mehr unter uns sind. Wer so jung wie ich in Ämter gekommen ist, der hat eben viele ältere Weggenossen, Freunde und Kameraden gehabt.

Ausdrücklich gilt mein Dank aber auch all denen, die in diesen zwei Jahrzehnten — ohne Parteiamt oder Mandat — morgens mit dem unguten Gefühl zur Arbeit gegangen sind: „Was die da in Bonn gerade wieder angestellt haben, das müssen wir jetzt ausbaden!“ — und die uns dennoch über all die Jahre die Treue gehalten haben.

Ich habe auch den vielen Hauptamtlichen zu danken, die in diesen zwei Jahrzehnten mit am Werke waren. Ich nenne hier die Generalsekretäre, mit denen ich zusammen gearbeitet und manchmal auch

gestritten habe. Ich habe dennoch allen zu danken, denn sie waren nicht nur Weggenossen, sondern sie haben mitgestaltet und mir viel Kameradschaft erwiesen: Kurt Biedenkopf, Heiner Geißler, Volker Rühe und Peter Hintze. Ich habe auch den Ministerpräsidentenkollegen, den Fraktionsvorsitzenden und vielen anderen Mitstreitern zu danken, die ich hier nicht erwähnen kann.

Ich will nur eines noch hinzufügen: Ich bin dafür dankbar, daß ich die Chance hatte, mich am Aufbau unseres Landes zu beteiligen. Immer wieder geht meine Erinnerung zurück in jene Wochen um

**Rede des Parteivorsitzenden,  
Bundeskanzler Helmut Kohl,  
auf der Sitzung des Bundes-  
ausschusses am 18. Juni 1993  
im Konrad-Adenauer-Haus,  
Bonn**

den Jahreswechsel 1946/47, als ich mit knapp siebzehn Jahren in die Partei eintrat. Es war ein kalter, ein schrecklicher Winter. In vielen Gegenden — auch in meiner Heimat — waren die Menschen der Verzweiflung näher als der Hoffnung. Damals konnte ich ebensowenig wie irgend jemand ahnen, was aus unserem Vaterland werden würde.

**Wenn wir heute auf das schauen,  
was in beinahe fünf Jahrzehnten in  
Deutschland geleistet worden ist,**



**dann können wir dankbar sein, daß wir dabei sein konnten. Die meisten vergessen das im Alltag; deshalb ist es wichtig, in einem Augenblick wie diesem einfach noch einmal daran zu erinnern.**

Wir — die CDU Deutschlands — haben von 1949 bis 1969 und dann wieder von 1982 bis heute als führende Regierungs- partei Verantwortung für den Gesamt- staat getragen. In den 44 Jahren der Bundesrepublik Deutschland hat die Union also 31 Jahre regiert — und das waren nicht die schlechtesten Jahre für Deutschland! Natürlich haben wir in dieser Zeit auch Fehler gemacht, aber wir haben Grund genug, auf diese Wegstrecke stolz zu sein.

Ein freiheitlich-demokratischer Rechts- staat und eine Verfassungsordnung wie die unsere sind nicht denkbar, wenn sie nicht von den Menschen mit Leben erfüllt werden. Es gibt derzeit eine Menge Leute, die angestrengt über Parteienver- drossenheit sinnieren und sich vom aka-

demischen Katheder — ja auch aus hohen Staatsämtern — dazu äußern. Ich kann dem nur ganz einfach entgegenhalten: Wenn es nicht die ungezählten Parteimitglieder gegeben hätte und auch heute noch gäbe, die auf allen politischen Ebenen bereit sind, Verantwortung zu tragen, und die dafür in vielen Fällen Spott und Hohn von jenen ernten, die sich um diese Verantwortung drücken, dann hätte diese Bundesrepublik Deutschland keine Vergangenheit, keine Gegenwart und keine Zukunft. Deswegen sollten wir all jenen energisch widersprechen, die jetzt erneut beginnen, vom „System“ zu reden.

**Die repräsentative Demokratie — bei all ihren Schwächen die bewährteste Staats- und Regierungsform in der Geschichte — braucht diejenigen, die sich zum Dienst an ihr verpflichtet fühlen.**

Und alle, die durch das Vertrauen ihrer Mitbürger — auch ihrer politischen Freunde in den Parteien — in wichtige Ämter und Mandate berufen werden, sollten zu keinem Zeitpunkt vergessen, daß alles, was sie leisten können, nicht möglich wäre ohne die ungezählten Freunde und Helfer, die mitgewirkt und mitgetragen, manchmal auch mit ertragen haben. Meinen ganz persönlichen Dank dafür will ich dadurch abstellen, daß ich auch weiterhin versuche, meine Pflicht zu tun.

Liebe Freunde, wer im Frühsommer des Jahres 1993 die Welt betrachtet, der wird mir zustimmen, daß wir in einer Zeit dramatischer Veränderungen leben, die zweierlei Gefühle in mir wecken: Zuerst das Gefühl der Dankbarkeit dafür, daß wir heute gemeinsam im vereinten deutschen Vaterland leben dürfen. Ich habe gestern im Reichstag in Berlin an den 17. Juni 1953 erinnert. Die meisten von uns haben die Bilder noch vor Augen, die gestern dort im Film gezeigt worden sind — die

Erbitterung, aber auch die Niedergeschlagenheit am Tag danach. Es hat keinen Sinn, daß wir Jahrzehnte später eines solchen Ereignisses gedenken, wenn wir nicht dankbar sind für das Geschenk der Deutschen Einheit und nicht die Chancen wahrnehmen, die sie uns bietet.

Liebe Freunde, es ist schon ein eigenartiger Zustand, in dem sich gegenwärtig die westliche Welt befindet, die wir im Zeitalter des Ost/West-Gegensatzes üblicherweise als den freien Westen bezeichnet haben. Nicht nur bei uns in Deutschland breitet sich eine Grundstimmung aus, in der Verdruß und Lebensangst gedeihen. Sie können das überall in Westeuropa beobachten. Ich frage mich manchmal, ob wir nicht in den vierzig Jahren des „Kalten Krieges“, der scharfen Konfrontation zwischen Ost und West und der großen Angst vor einem dritten Weltkrieg mehr von unseren Idealen geredet als an sie geglaubt haben. Ich stelle mir selbst diese Frage immer wieder, denn nun, da diese Angst vor einem dritten Weltkrieg Gott sei Dank geschwunden ist, hätten wir — die Deutschen und unsere westlichen Nachbarn — doch allen Grund, den Völkern, die endlich ihre Freiheit gewonnen haben, aus vollem Herzen zu helfen. Es ist doch beispielsweise immer noch sehr viel günstiger, darauf zu setzen, daß Boris Jelzin sich mit seinen Reformen durchsetzt, und ihm dabei zu helfen, als abzuwarten, bis möglicherweise totalitäre Strukturen wiederkehren, die uns teuer zu stehen kämen!

Natürlich haben wir auch große Schwierigkeiten beim Aufbau in den neuen Bundesländern. Ohne Zweifel haben sich die allermeisten von uns — auch ich — im Blick auf die wirtschaftliche Entwicklung getäuscht, die beispielsweise durch den Wegfall der Exportmöglichkeiten in die früheren Ostblockstaaten, allen voran in die Nachfolgestaaten der Sowjetunion,

zusätzlich schwer belastet worden ist. Aber wenn ich die Wahl hätte zwischen den Exportchancen der früheren DDR in die damalige Sowjetunion und dem, was ich gerade in Kiew auf Straßen und Plätzen von ungezählten Menschen an herzlicher Hinwendung für Deutschland empfunden habe — trotz allem, was auch dort in deutschem Namen im Krieg geschehen ist —, dann hätte ich mich schnell entschieden.

**Ich finde, wir sollten uns lieber gemeinsam freuen und nicht ständig auf hohem Niveau vor uns hinjammern. Wir sollten aufhören mit dieser Heuchelei! Natürlich haben wir Probleme, aber sie sind lösbar, und wir haben eine Perspektive, von der wir noch vor wenigen Jahren nicht zu träumen wagten.**

Liebe Freunde, häufig wird hierzulande geistig-moralische Führung angemahnt. Ich habe damals in jener berühmt gewordenen Debatte zu Helmut Schmidt gesagt, dies sei auch eine Aufgabe der Politik. Im Moment allerdings verstecken sich zu viele im Lande hinter der Politik, weil sie ihren eigenen Beitrag dazu nicht leisten. Wenn es beispielsweise um das „Ja“ zur Zukunft geht, dann erwarte ich schon eine sehr viel klarere Zustimmung, als wir sie gelegentlich erleben. Ich finde es zu wenig, wenn beispielsweise bei Gewerkschaften oder auch bei Wirtschaftsverbänden die Besitzstandswahrung an erster Stelle steht und nicht die Frage: Wie geht es weiter, wie wird die nächste Generation leben können? Mich bedrückt auch, daß wir aufgrund der Entwicklung in der Sozialdemokratischen Partei gegenwärtig kaum ein vernünftiges Gespräch über Grundsatzfragen miteinander führen können.

Ich bin sehr froh und ich danke denen, die dabei geholfen haben — allen

voran Wolfgang Schäuble —, daß es nach mühseligen, in der Bevölkerung am Ende überhaupt nicht mehr verstandenen Diskussionen über die Änderung des Asylrechts doch noch zu der notwendigen Verfassungsänderung gekommen ist. Wir hätten uns viel erspart — übrigens auch Wahlniederlagen —, wenn diese Entscheidung schon erheblich früher möglich gewesen wäre.

Wir stehen jetzt hinsichtlich der internationalen Reputation unseres Landes wieder vor einer ähnlichen Entscheidung. Die Frage, ob Deutschland als Mitglied der Vereinten Nationen seine Pflichten in vollem Umfang wahrnimmt und nicht nur seine Rechte anmahnt, richtet sich doch nicht nur an die Christlich Demokratische Union oder an diesen Bundeskanzler Helmut Kohl. Was wir jetzt in diesem Zusammenhang etwa auf dem Wege einer Verfassungsänderung beschließen, das wird künftige Bundeskanzler auf lange Zeit binden.

Man darf nicht mit jeweiligen Parteitagsmehrheiten die Geschicke der deutschen Außenpolitik in diese oder jene Richtung lenken wollen, nur um einen Tageserfolg verbuchen zu können. Ich plädiere leidenschaftlich dafür, daß wir auch in dieser Frage versuchen, zu einem Konsens zu kommen. Aber dieser Konsens sollte nicht aus einer Tagesmeinung entspringen, die sich morgen schon als falsch erweist. Wir haben die Deutsche Einheit in Frieden und Freiheit nur mit der Zustimmung und mit der Hilfe unserer Nachbarn erreicht.

**Wenn nun die Unwetter der Geschichte in anderen Gegenden der Welt heruntergehen und die Gemeinschaft der Völker die Frage an uns Deutsche stellt: „Seid Ihr bereit mitzuhelpen?“ und wenn unsere Bereitschaft sich nur darin**

**äußert, daß wir versuchen, uns freizukaufen, dann wird eine solche Haltung weder die moralische noch die politische Reputation Deutschlands im Ausland stärken.**

Und das heißt, liebe Freunde: Auch wenn der Zeitgeist so oder so weht, lassen Sie uns in solchen Grundsatzfragen ganz einfach standfest bleiben! Wenn ich dann gescholten werde, ich säße das Problem aus, ist mir das völlig egal. In diesen zwei Jahrzehnten ist eine Menge gestaltet worden, das eine oder andere ist auch ausgesessen worden, und ich habe gar nichts dagegen, wenn man das so beschreibt. Ich habe eine Menge Leute erlebt, die sind schneller aufgestanden, waren aber auch schneller von der Bildfläche verschwunden.

Wenn wir stets dem Zeitgeist gefolgt wären, dann hätten wir zum Beispiel 1983 dem demonstrativen Druck gegen die Stationierung der Mittelstreckenraketen nachgegeben. Wir haben nicht nachgegeben, und diejenigen, die uns damals unter Druck gesetzt haben, hüllen sich heute in beredtes Schweigen. Wenn wir damals anders gehandelt hätten, wäre mit absoluter Sicherheit ein entscheidender Einbruch in das militärische und politische Gefüge der NATO erfolgt, und die Geschichte hätte einen anderen Verlauf genommen. Das weiß ich nicht zuletzt aus persönlichen Gesprächen mit dem Hauptakteur Michail Gorbatschow. Und wenn Sie an 1989/90 zurückdenken, so stellen Sie fest, daß es auch damals ähnliche Widerstände gab. Da hieß es, die „Zehn Punkte“, die ich im Bundestag vorgebracht habe, gingen viel zu weit, und wir könnten die Wirtschafts- und Währungsunion nicht einführen. Es gab immer wieder Situationen, in denen wir gemeinsam entschlossen gehandelt haben.

**Wer also geistige Führung einfordert, der muß zumindest die Geschichte der letzten Jahre danach befragen, wer jeweils zu seinen Grundsatzpositionen gestanden hat. Diese Festigkeit in den Grundsätzen brauchen wir auch jetzt, wenn wir uns angesichts dramatischer gesellschaftlicher Veränderungen fragen: „Was hat Bestand, und was muß verändert werden?“**

Uns geht es dabei nicht um Bilderstürmeri, sondern im besten wertkonservativen Sinne darum, Bewährtes zu bewahren, aber auch klar zu erkennen, daß sich dieses oder jenes ändern muß. Denn das Deutschland nach dem 3. Oktober 1990 ist nicht mehr das Deutschland vor der Wiedervereinigung, und das trifft ja im übertragenen Sinne auch auf unsere Christlich Demokratische Union zu. Wir müssen umdenken, Veränderungen der Gesellschaft erkennen und verkrustete Strukturen aufbrechen. Der Staat allein kann das nicht leisten, alle gesellschaftlichen Kräfte sind genauso dazu aufgerufen. Aber das ist heute schwieriger als am Beginn der Bundesrepublik Deutschland. Denn damals — nach der Katastrophe des Krieges und der Nazi-Barbarei — war die Bewußtseinslage völlig anders als heute. Wir leben heute — zumindest im westlichen Teil unseres Landes — in einem geschichtlich unvergleichbaren Wohlstandsbewußtsein.

Nach dem Krieg trug ein viel diskutiertes Buch den Titel „Verlust der Mitte“. Auch heute müssen wir uns fragen, inwieweit wir Christliche Demokraten uns dieser Mitte noch sicher sind. Wir waren nach unserem Verständnis immer Partei der Mitte, und deswegen muß uns diese Frage auch bei der Fortschreibung unseres Grundsatzprogramms erneut beschäftigen.

Nun schreiben mir viele: „Habt ihr in dieser Zeit, in der man über die Pflegeversicherung, über die Ausgestaltung der Wehrpflicht, über Sparprogramme und ähnlich wichtige Dinge entscheiden muß, wirklich nichts anderes zu tun, als über Grundsätze zu reden?“ Ich glaube allerdings aufgrund meiner Erfahrung aus vielen Jahren, daß gerade jetzt — nicht zuletzt mit Blick auf die Wahlen im nächsten Jahr — viele Bürger nach den Prinzipien fragen, mit denen Politik gestaltet wird. Liebe Freunde, dies ist nicht die Zeit, in der man seine Grundsätze dem Zeitgeist opfern sollte.

**Ich freue mich darüber, daß man jetzt wieder von Tugenden reden kann, ohne gleich ein homerisches Gelächter auszulösen, und daß wieder deutlich wird, daß Treue, Mithmenschlichkeit und Nächstenliebe, Fleiß und Zuverlässigkeit, Anstand und Würde keine altmodischen „Sekundärtugenden“ sind, sondern Grundlage für eine vernünftige Entwicklung unseres Landes und einer Gesellschaft mit menschlichem Gesicht.**

In diesem Sinne müssen wir die Diskussion über unsere Grundsätze führen und uns fragen: „Was hat bleibenden Wert? Was gehört zu den Existenzgrundlagen unserer Partei, und was muß darüber hinaus diskutiert werden?“ Dabei müssen wir auch in der Sprache und im Umgang miteinander daran denken, wie das alles auf unsere Landsleute wirkt, die jahrzehntelang in der DDR gelebt haben, jetzt mit all diesen neuen Erfahrungen in Staat und Gesellschaft konfrontiert werden und gleichzeitig noch mit allen ihren täglichen Sorgen und persönlichen Belastungen fertig werden müssen.

Wir müssen uns auch fragen, inwieweit wir — die Christlich Demokratische

Union Deutschlands — noch die klassische Volkspartei nach der Definition von Eugen Gerstenmaier sind, nämlich Union der Konfessionen, Union der Volkschichten und Union der Landschaften. Viele werden heute sagen, Union der Konfessionen sei in einem überwiegend laizistisch gewordenen Land, in dem Glaubensheimat für viele verlorengegangen ist, nicht mehr so wichtig. Ich plädiere aber leidenschaftlich dafür, daß wir auch dieses Selbstverständnis weiter pflegen. Natürlich sind Kompromisse in der Politik notwendig, und selbstverständlich muß man auch Wählerstimmen gewinnen, um Macht zu erhalten und Politik gestalten zu können.

**Auch wenn immer mehr Wähler ihre Wahlentscheidung aus ganz anderen Motiven treffen, muß dennoch die Union der Konfessionen, dieses Kernstück christlich-demokratischer Identität, bewahrt werden.**

Diese Union war zweitens immer eine Union aus allen Gruppierungen unseres Volkes. In unserer Partei müssen der Gewerkschafter, der Betriebsrat, der Arbeitnehmer genauso wie der Unternehmer, der Handwerker, der Beamte und der Bauer, die Jungen und die Alten ihre politische Heimat haben. Das alles macht Union aus, aber mehr noch die Fähigkeit und die Bereitschaft, einander zuzuhören und aufeinander zuzugehen. Gruppeninteressen zu vertreten ist nämlich sehr viel einfacher als das oft mühsame Zustandekommen eines Kompromisses.

Wir geben dabei oft genug kein strahlendes Bild ab, weil die notwendige Diskussion über unterschiedliche Meinungen zwar ein Stück politischer Kultur ist, aber häufig auch Verwirrung stiftet. Daß außerdem noch unnötige Diskussionen geführt werden, ist leider ebenfalls wahr.

Aber die Menschen sind seit Adam und Eva nun einmal so, wie sie sind, und Politiker — ich schließe mich hier ein — sind eben nicht völlig frei von jener Eitelkeit, die sich im Drang nach öffentlicher Aufmerksamkeit äußert. Diesem Drang zu widerstehen, ist im Fernsehzeitalter natürlich noch sehr viel schwieriger. Und ich beobachte immer mit großem Interesse, daß diejenigen, die das am heftigsten kritisieren, genau der gleichen Schwäche erliegen, wenn die Versuchung naht.

Liebe Freunde, die Union war und ist drittens eine Union der Landschaften. Hierin liegt gerade nach der Wiedervereinigung eine besondere Herausforderung. Deswegen bitte ich Sie, in Ihrem politischen Handeln immer wieder mit zu berücksichtigen, daß unsere Landsleute, die 40 Jahre unter den Bedingungen der DDR gelebt haben, jetzt zunächst einmal den Vortritt haben müssen, und daß wir das, was sie erwarten, mit besonderer Sympathie betrachten.

In diesen Zusammenhang gehört aber auch die Überzeugung, daß der Nationalstaat alter Prägung keine Zukunft hat, und daß der Satz Konrad Adenauers, daß „deutsche Einheit und europäische Einigung zwei Seiten der gleichen Medaille sind“, die große Chance unserer Generation ist. Auch wenn es vielleicht vorübergehend unpopulär sein mag: Die CDU ist und bleibt die Europa-Partei! Und es ist kein Gegensatz, liebe Freunde, daß wir gleichzeitig für uns in Anspruch nehmen, eine Partei deutscher Patrioten zu sein.

**Ich bitte Sie wirklich, diesen Begriff nicht den Rechtradikalen und Rechtsextremisten zu überlassen. Patriotismus schließt Chauvinismus und Nationalismus aus. Wer Ausländerfeindlichkeit schürt, kann nicht für sich in Anspruch nehmen, ein deutscher Patriot sein.**

Gerade in diesen Tagen, in denen wir besonders intensiv über den Umgang mit Ausländern im eigenen Land diskutieren, ist es außerordentlich wichtig, daß wir unsere grundsätzlichen Positionen immer wieder klarmachen. Der Staat — und sonst niemand — hat das Gewaltmonopol, aber der Staat hat auch die Verpflichtung, die Sicherheit der Bürger zu garantieren. Wir wissen, daß die ausländerfeindlichen Gewaltakte und die brutale Unmenschlichkeit, die dabei deutlich geworden ist, vielschichtige Ursachen haben. Wir wissen auch, daß dem Gesetz durch schnelle und harte Bestrafung Genüge getan werden muß, aber daß das eben nicht alles sein kann, sondern daß wir darüber nachdenken müssen, wo diese Gewaltwelle herkommt — eine Gewaltwelle, die übrigens nicht nur in Deutschland zu beobachten ist.

Wir müssen uns ferner klar abgrenzen gegenüber Radikalen von rechts und von links. Ich wende mich dagegen, daß jetzt wieder von Teilen der deutschen Öffentlichkeit der Versuch unternommen wird, ausschließlich das rechtsradikale Potential ins Blickfeld zu rücken und das linksradikale dabei auszuklammern. Ich füge hinzu — und weiß, daß ich mir damit Ärger einhandele —, daß ich bei nicht wenigen, die das rechtsradikale Potential so nachdrücklich ansprechen, auch den heimlichen Wunsch verspüre, daß diese Gruppierungen bei den Wahlen Erfolg haben mögen, nur um uns zu schädigen.

Man soll sich da nur nicht täuschen: Die Wahlergebnisse rechtsradikaler Parteien bei früheren Wahlen haben sich stets schädlich für alle demokratischen Parteien, zumindest für die großen demokratischen Volksparteien ausgewirkt. Deswegen ist es unsere gemeinsame Aufgabe, gegen alle extremistischen Tendenzen Front zu machen — und zwar ohne Wenn und Aber.

**Deutschland bleibt ein ausländerfreundliches Land, und wir sollten uns weder national noch international in eine ausländerfeindliche Ecke drängen lassen.**

Im Zusammenhang mit den Diskussionen um Ausländerfeindlichkeit zeigen sich aber noch ganz andere Symptome. Ich lehne es ab, dies alles der Politik zuzuschreiben. Die Politik trägt hier zwar eine besondere Verantwortung, aber wir alle haben zugleich unsere persönliche Verantwortung. Vor Gott und den Menschen sind zunächst einmal die Eltern für ihre Kinder verantwortlich, und dann auch alle diejenigen, die Kinder im Erziehungsprozeß beeinflussen können. Ich nenne hier aus gutem Grund die Kirchen und die Schulen. Ich halte es allerdings für ungerechtfertigt, in dieser Situation alles auf die Lehrer abzuschieben.

Die Politik — das gilt auch für mich als früheren Ministerpräsidenten — muß sich schon die Frage gefallen lassen, ob bei der Lehrerausbildung in den vergangenen Jahrzehnten nicht lange nachwirkende Fehler gemacht worden sind. Ich muß bekennen, daß ich persönlich — wie wir als Union insgesamt — auch an solchen Fehlern beteiligt war. Wir kommen aus dieser Verantwortung nicht heraus, indem wir Schuldzuweisungen gegenüber anderen machen, sondern indem wir umdenken und dazulernen. Allerdings sollten wir auch nicht vergessen, daß es lange Zeit nicht nur in weiten Teilen der verfaßten öffentlichen Meinung üblich war, diejenigen, die in der Pädagogik für Erziehungsziele wie Offenheit und Miteinander eingetreten sind und die Konfliktpädagogik abgelehnt haben, als hoffnungslos altmodisch zu schmähen. Liebe Freunde, wir werden — wie ich hoffe — auch auf die jetzt anstehenden Fragen vernünftige Antworten finden. Wir haben über sechs Millionen Ausländer-

der in unserem Land. Wir haben sie zu uns geholt, sie arbeiten mit uns und leben mitten unter uns. Das deutsche Bruttonsialprodukt wäre gar nicht denkbar ohne sie. Das heißt, daß wir Deutsche diesen Menschen gegenüber eine zutiefst menschliche Verantwortung und wir als Christliche Demokraten eine besondere Pflicht haben, jetzt die notwendigen Entscheidungen zu treffen.

Dies geht nicht — wie manche glauben —, indem man beispielsweise ohne Einschränkungen die deutsche Staatsbürgerschaft vergibt. Wir werden in den nächsten Wochen in die Gespräche eintreten — mit Vorstellungen, die dem Anspruch auf Menschlichkeit entsprechen —, doch wir werden nicht generell doppelte Staatsbürgerschaften zulassen.

**Unsere Sorge muß vor allem denjenigen Türken gelten, die seit Jahrzehnten hier leben oder schon hier geboren sind und täglich erleben, welche Probleme es mit sich bringt, wenn zwei unterschiedliche Kulturen aufeinandertreffen. Ich glaube, wir werden auch hier gute Lösungen finden.**

Liebe Freunde, dies alles muß in einer Zeit geschehen, in der wir ökonomische Probleme wie selten zuvor haben. Unser Freund Klaus Töpfer wird nachher in das Programm einführen, das heute verabschiedet werden soll. Es ist ein gutes Programm, das ich nachdrücklich unterstütze, das aber natürlich erst noch in praktische Politik umgesetzt werden muß. Wir sind — wie alle anderen Industrienaationen auch — in ein konjunkturelles Tal geraten. Wir müssen diese Rezession überwinden, den Aufbau in den neuen Bundesländern vorantreiben und nicht zuletzt die Zukunft des Wirtschaftsstandorts Deutschland sichern.

Liebe Freunde, die Exportnation Deutschland steht heute weltweit ganz anderer Konkurrenz gegenüber als noch vor ein oder zwei Jahrzehnten. Wenn wir unsere D-Mark stabil halten und die Kriterien des Maastrichter Vertrages erfüllen wollen — und mit mir wird es keine Reduzierung dieser Kriterien geben, denn die höchsten Anforderungen sind gerade gut genug zur Sicherung unserer Währungsstabilität —, dann müssen wir jetzt umdenken und die entsprechenden Haushaltbeschlüsse fassen. Es geht nicht darum, nun alles Bisherige in Frage zu stellen, sondern es geht um Konsolidierung und die richtigen Weichenstellungen.

**Es geht nicht um Abbau, sondern Umbau des Sozialsystems und um den Kampf gegen den Mißbrauch staatlicher Leistungen insgesamt. Ich rede deshalb in diesem Zusammenhang nicht nur — wie es heute üblich ist — über den Mißbrauch bei der Arbeitslosenversicherung, sondern genauso über den Mißbrauch von Subventionen und über Steuerhinterziehung. Dies sind keine Kavaliersdelikte, und dieser Staat ist kein Selbstbedienungsladen!**

Leitgedanke der Haushaltspolitik muß die Anpassung der öffentlichen Ausgaben in Bund, Ländern und Gemeinden an die veränderten wirtschaftlichen Entwicklungen und an die neuen Prioritäten im staatlichen, gesellschaftlichen und wirtschaftlichen Bereich sein. Ich weiß, daß es dabei in den nächsten Wochen harte Diskussionen und auch viel Ärger geben wird. Ich kann dies aber niemandem ersparen, denn wir haben die Pflicht, jetzt die notwendigen Entscheidungen zu treffen. Dazu gehört eisernes Sparen, und zwar ohne Tabu. Ich füge gleich hinzu,

daß in unseren Nachbarländern in dieser Hinsicht sehr Beachtliches geschieht.

Wenn Sie beispielsweise in die Niederlande, nach Frankreich, Spanien oder Schweden schauen, so werden Sie dort Radikalkuren mit weit einschneidenderen Maßnahmen vorfinden, als sie bei uns in Deutschland diskutiert werden. Und was die augenblickliche Diskussion um eine Stunde mehr Arbeit pro Woche angeht, so kann ich nur sagen:

**Ich verstehe die Aufregung überhaupt nicht. Es geht schließlich um die Zukunftssicherung, und dafür kann doch eine Stunde längere Arbeitszeit nun wirklich kein unüberwindliches Hindernis sein.**

Liebe Freunde, fast alles, was wir im Zusammenhang mit der Sicherung des Standortes Deutschland diskutieren, hat damit zu tun, daß wir in der alten Bundesrepublik Deutschland überfällige Entscheidungen über Jahre und Jahrzehnte aufgeschoben haben. Wenn beispielsweise im Jahre 1959 Hans-Christoph Seeböhm sich mit seinem Vorschlag zur Privatisierung der Deutschen Bundesbahn durchgesetzt hätte, dann wäre dieses Problem längst vom Tisch. Wir hätten auch einen Teil der ökologischen Probleme nicht, die uns heute belasten. Die Privatisierung der Bahn muß also jetzt erfolgen, und wir dürfen sie nicht wieder hinausschieben, bis vermeintlich bessere Zeiten kommen. Das gleiche gilt für die Post und für viele anderen Bereiche.

Wir haben uns in langen Jahren ein Ausmaß an Regulierungen geleistet, das Ludwig Erhard gehindert hätte, den Wiederaufbau Deutschlands so zügig voranzubringen. Das anhaltende Ringen um bestimmte Planungs- und Verwaltungserleichterungen, die es ermöglichen sollen, rasch die Autobahn zwischen Hamburg, Lübeck und Rostock zu bauen, die für das Land Mecklenburg-Vorpommern von

existentieller Bedeutung ist, zeigt doch exemplarisch, wie weit wir hier auf Abwege geraten sind.

Deswegen müssen wir in allen Bereichen umdenken. Ich warne davor, die Diskussion über den Standort Deutschland immer nur auf den Faktor Geld zu reduzieren. Ich will nur ein Beispiel nennen: Wir klagen heute über hohe Studentenzahlen und überfüllte Hochschuleinrichtungen. Zu meiner Studienzeit in Frankfurt und Heidelberg in den fünfziger Jahren hatten wir auch hohe Studentenzahlen, aber damals war es möglich, die Universitätsbibliothek am Samstag bis spät abends offen zu halten; heute ist es nicht einmal möglich, sie am Freitag nach 17.00 Uhr zu öffnen. Das hat weniger mit Geld, sondern hauptsächlich mit Ideenlosigkeit und Mangel an Bereitschaft zu tun, den gegebenen Verhältnissen Rechnung zu tragen.

Zu den gegebenen Verhältnissen zähle ich aus gutem Grund — viele können es schon gar nicht mehr hören — vor allem die demographischen Daten. Wir haben in Deutschland eine der niedrigsten Geburtenraten der Welt. Um die Jahrhundertwende lag die Lebenserwartung der Menschen in Deutschland bei 45 Jahren, im Jahr 2000 wird die Lebenserwartung der Männer bei 75 Jahren liegen, die der Frauen bei 81 Jahren. Heute sind mehr als 20 Prozent der Bevölkerung 60 Jahre alt oder älter, in sieben Jahren werden es 25 Prozent sein. Auf einen über Fünfundsiebzigjährigen kamen zu Beginn dieses Jahrhunderts 79 Jüngere, im Jahr 2000 werden es zwölf sein. Und die Zahl der über Achtzigjährigen wird in den nächsten sieben Jahren auf fast drei Millionen ansteigen.

Diese Zahlen haben nicht wir Christlichen Demokraten erfunden, sondern diese Zahlen spiegeln die Entwicklung der modernen Medizin, die Veränderung

der Geburtenrate und viele andere Faktoren wider.

Diese demographischen Daten müssen aber notwendigerweise Auswirkungen beispielsweise auf die medizinische Versorgung, auf die Rentenentwicklung und nicht zuletzt auf die Pflege haben. Deswegen wehre ich mich strikt gegen die Auffassung, es sei falsch, die Pflegeversicherung jetzt in dieser schwierigen ökonomischen Lage einzuführen.

Liebe Freunde, mit dem Verschieben auf einen späteren Zeitpunkt gewinnen wir gar nichts. Der Standort Deutschland ist kein Verschiebebahnhof! Deswegen werden wir unsere Vorlage in diesen Tagen einbringen. Es gibt Gegenvorschläge, es wird eine intensive Anhörung stattfinden, und ich bin sehr gespannt auf die Vorschläge der Kritiker, von denen ich in den letzten Monaten wenig Neues erfahren habe.

**Liebe Freunde, diese Pflegeversicherung ist ein Herzstück der Sozialpolitik der Union. Hier geht es um Millionen unserer älteren Mitbürger, die — nicht zuletzt aufgrund ihrer persönlichen Schicksale in Krieg und Nachkriegszeit — unsere Zuneigung und unsere Liebe verdienen.**

Wir können uns doch jetzt nicht einfach hinstellen und sagen: Tut uns leid, im Moment ist die Lage nicht günstig. Ich sage aber auch, daß angesichts der wirtschaftlichen Lage und angesichts der Belastungen, die wir unserer Wirtschaft ohnedies in steuerlicher und in anderer Hinsicht zumuten, die Einführung der Pflegeversicherung mit einer Entlastung für die Wirtschaft verbunden sein muß. Dafür sind ja auch Vorschläge gemacht worden, aber jeden Tag schiebt einer den Karren dem nächsten vor die Tür. Die einen sagen, Karenztage sind völlig

undenkbar, denn wir haben ja inzwischen durchschnittlich gut sechs Wochen Urlaub im Jahr, und wie soll man bei dieser hohen „Belastung“ mit Urlaub eine noch so geringe Kürzung des Urlaubsanspruchs verkraften? Andere verweisen auf die Feiertage und verlangen eine Entscheidung der Kirchen. Und so schiebt einer dem anderen den Schwarzen Peter zu.

Liebe Freunde, damit kein Zweifel aufkommt: Es wird nun entschieden! Wir werden heute noch darüber diskutieren, wir werden Widerspruch hören — ich bin auf Vorwürfe gefaßt. Doch das ist völlig in Ordnung, das gehört zur politischen Kultur einer Demokratie. Auch ein Parteivorsitzender steht nicht auf einem Denkmalsockel. Aber Sie haben mich zum Parteivorsitzenden gewählt, damit ich für eine bestimmte Politik einstehe, und für mich ist diese Pflegeversicherung ein Herzstück unserer Politik, die wir gemeinsam zu vertreten haben.

Es gibt manche anderen Felder, auf denen wir rasch handeln könnten. Dies gilt beispielsweise für die Maschinenlaufzeiten. Ich kann einfach nicht verstehen, daß seit Jahr und Tag darüber geklagt wird, wir hätten so enorm teure Maschinen, und daß bisher keine Regelung zustande gekommen ist, die Arbeitszeit von Montag bis zum Samstagabend so einzuteilen, daß die Ausnutzung dieser Maschinen verbessert wird. Das auf der Skala vor uns liegende Land in der EG hat immerhin um 20 Prozent längere Maschinenlaufzeiten als wir!

Ich frage mich auch, warum wir beispielsweise von allen EG-Ländern mit weitem Abstand am schlechtesten bei den Teilzeitarbeitsverhältnissen dastehen. Das muß doch offensichtlich auch daran liegen, daß wir nicht genug Ideen entwickelt und umgesetzt haben. Ich denke beispielsweise daran, daß wir am Ende der

Lebensarbeitszeit denjenigen, die freiwillig weiter arbeiten wollen, einen flexibleren Übergang in den Ruhestand ermöglichen sollten. Denn lange Ausbildungszeiten — bei Akademikern teilweise bis zum dreißigsten Lebensjahr — und entsprechend kurze Lebensarbeitszeiten können wir uns auf die Dauer nicht mehr leisten.

**Deswegen — auch das wird Ärger geben, aber das ist mir gleich — werde ich im Herbst von seiten der Bundesregierung eine offene Diskussion über Fragen von Bildung und Ausbildung auf den Weg bringen, auch um die Situation junger Leute in Deutschland mit der in anderen, mit uns konkurrierenden Ländern zu vergleichen.**

Liebe Freunde, bei allem Reden über Sozialpolitik und Wirtschaftspolitik sollten wir aber die geistige Ausstrahlung unseres Landes nicht vergessen. Deswegen spreche ich nicht nur von Ausbildung, sondern bewußt auch von Bildung. Die Tatsache, daß 1,8 Millionen Studenten 1,6 Millionen Lehrlinge gegenüberstehen, halte ich für unerträglich — auch wenn dieser Zahlenvergleich insoweit eingeschränkt werden muß, als die Ausbildungszeit von Lehrlingen kürzer ist als die von Studenten. Diese Entwicklung, an der auch wir beteiligt waren, hat damit zu tun, daß über viele Jahre die nichtakademische Ausbildung im öffentlichen Ansehen bewußt herabgesetzt worden ist. Auch hier ist dringend ein Umdenken notwendig.

**Mit einem Satz: Wir müssen unsere Bundesrepublik Deutschland, die wir mit geschaffen und entscheidend geprägt haben, sozusagen auf den Prüfstand stellen und uns fragen: „Was hat sich bewährt? Was müssen wir ändern?“ Und wenn wir zu dem Schluß kommen, dieses und**

**jenes muß geändert werden, dann müssen wir es jetzt tun!**

Liebe Freunde, meine Bitte an Sie ist, daß wir auch im Umgang miteinander, im Umgang zwischen den Vereinigungen und den einzelnen Verbänden, aber auch im Umgang mit der Öffentlichkeit deutlich machen, daß wir in diesen Jahrzehnten, in denen wir politische Verantwortung getragen haben, nicht den Kontakt zu den Menschen verloren haben, sondern daß wir offene Ohren für ihre Belange haben. Die Diskussion um das Grundsatzprogramm macht nur dann wirklich Sinn, wenn wir nicht nur untereinander diskutieren, sondern gleichzeitig auch sensibel für Veränderungen der Gesellschaft bleiben und das Gespräch mit möglichst vielen Menschen suchen.

Die sogenannte Parteienverdrossenheit hat ja auch mit dem Vorwurf zu tun, daß wir in der Union auf den verschiedensten Ebenen als geschlossene Gesellschaft erscheinen. Das stimmt zum Teil nicht, zum Teil aber wohl. Wenn Sie die Altersstruktur der Partei betrachten, wenn Sie die Rolle der Frauen nach dem Maßstab der Essener Beschlüsse untersuchen, dann wissen Sie so gut wie ich, daß wir manchen Nachholbedarf haben. Diesen Bedarf befriedigen wir allerdings nicht, indem wir dem Zeitgeist nachlaufen.

Offen und sensibel, liebe Freunde, müssen wir in Deutschland miteinander umgehen. Daß wir die ökonomischen und sozialen Probleme im vereinten Deutschland gemeinsam überwinden werden, daran habe ich nicht den geringsten Zweifel. Es wird zwar länger dauern, als ich gehofft habe, aber wir werden es schaffen. Die Frage ist vielmehr, wie wir menschlich miteinander umgehen; ob wir, die wie ich und die meisten hier im Saal das Glück hatten, auf der Sonnenseite deutscher Geschichte leben zu können, den größeren Schritt auf unsere

# Helmut Kohl

## Der Kurs der CDU

Reden und Beiträge  
des Bundesvorsitzenden

Herausgegeben von  
Peter Hintze und Gerd Langguth



DVA

Länger als Konrad Adenauer führt Helmut Kohl die CDU: Mitte 1973 wurde der heutige Bundeskanzler zum Vorsitzenden seiner Partei gewählt, die er seitdem stärker geprägt hat als selbst der erste Regierungschef der Bundesrepublik Deutschland. Kohls Reden als CDU-Vorsitzender sind deshalb interessante und wichtige Dokumente der deutschen Nachkriegspolitik.

Kohl, Helmut  
Der Kurs der CDU:  
Reden und Beiträge des  
Bundesvorsitzenden  
1973-1993/Helmut Kohl. Hrsg. von  
Peter Hintze und Gerd Langguth.  
— Stuttgart: Deutsche  
Verlags-Anstalt, 1993  
ISBN 3-421-06659-0

Landsleute hin tun, und ob diese nicht Erwartungen hegen, die so jetzt nicht erfüllt werden können. Entscheidend ist, daß wir miteinander reden und vor allem nicht jenen dabei die Wortführung überlassen, die vor 1990 die Idee der Deutschen Einheit längst verraten hatten. Von diesen Leuten brauche ich keine Nachhilfe.

Liebe Freunde, wir können diesen Weg gemeinsam schaffen, wenn wir das „Wir“ größer schreiben als das „Ich“. Ich habe zu Beginn an den 17. Juni 1953 erinnert. Unser Gastredner Joseph Rovan, der in

Berlin geboren und aufgewachsen ist und das Kriegsende im Konzentrationslager Dachau erlebt hat, hat gestern im Reichstag die Idee der Freiheit in diesem Jahrhundert auch mit den Männern des 20. Juli in Verbindung gebracht. In der Tat ging es in beiden Fällen, am 20. Juli 1944 und am 17. Juni 1953, um Freiheit für das deutsche Vaterland, um eine demokratische Staatsordnung, um eine offene Gesellschaft und ein menschliches Miteinander.

Vor dieser Erinnerung stellt sich heute die Frage: Werden wir auch zu einer

inneren Versöhnung im vereinten Deutschland fähig sein? Nach 1945 stellte sich diese Frage anders, weil alle Deutschen das NS-Regime, den Krieg und den Zusammenbruch erlebt hatten; alle waren in der gleichen Versuchung, die einen sind ihr erlegen, die anderen nicht. Heute dagegen haben wir es damit zu tun, daß 17 Millionen Landsleute wider ihren Willen sozusagen als Geiseln der sowjetischen Siegermacht unter kommunistische Herrschaft geraten sind und daß ihnen bis zum Jahre 1989 — mit wenigen Ausnahmen — alle Welt verkündet hat, die deutsche Teilung würde ewig währen. So mancher Staatsbesucher — bis in die letzten Tage der DDR hinein — hat die Parade des Wachbataillons Dserschinsky abgenommen und damit bildlich zu erkennen gegeben: Dies bleibt der andere deutsche Staat. Da muß man sich schon fragen, wie jemand in Rostock oder in Dresden, in Brandenburg oder anderswo seine persönlichen Zukunftschancen anders als pessimistisch hätte beurteilen sollen. Es fühlten sich nun einmal nicht alle zum Widerstand berufen, der viel Mut, Zivilcourage und Charakterstärke verlangt.

Viele hatten sich mit dem System arrangiert. Ich warne jedoch nachdrücklich davor, diese Menschen jetzt auszugrenzen, sofern sie bereit sind, unserem demokratischen Staat mit ganzer Kraft zu dienen und gemeinsam für die Zukunft unseres vereinten Vaterlandes zu arbeiten. Das bedeutet allerdings keinerlei Nachsicht gegenüber jenen, die andere geschunden, bespitzelt und verraten haben. Hier müssen wir um der Opfer willen sehr deutlich trennen, denn den Opfern gehört unsere ganze Sympathie.

**Wir wollen den inneren Frieden in Deutschland gewinnen. Deshalb richtet sich meine Bitte an die Bürgerinnen und Bürger in den neuen**

**Ländern, vor allem natürlich an unsere eigenen Parteidreunde dort: An Ihnen liegt es zuerst, die menschlichen Verstrickungen der Vergangenheit zu bewerten und über Konsequenzen zu entscheiden. Wir im Westen können nur versuchen, dabei hilfreich zu sein.**

Liebe Freunde, bei allem Tagesärger macht es Freude, in dieser Zeit politische Verantwortung zu tragen. Als ich vor wenigen Tagen in Kiew und in Sofia einmal mehr unmittelbar erlebt habe, von welchen Problemen andere Länder in Europa heimgesucht werden, da bin ich doch eher zufrieden und neu motiviert in unser deutsches Vaterland zurückgekehrt. Lassen wir uns doch die Freude an der Gegenwart und die Zuversicht im Blick auf die Zukunft nicht von denen schwämmen, die rechts leben und links reden, die ihren nächsten Fernurlaub schon gebucht haben, während sie zu Hause Untergangsstimmung verbreiten!

**Es gibt gewiß genug zu kritisieren, aber sehr viel mehr Positives zu registrieren, und die überwältigende Mehrheit unserer Mitbürgerinnen und Mitbürger geht jeden Morgen an den Arbeitsplatz, erfüllt ihre Pflicht und tut das, was die Zukunft unseres Landes sichert.**

Um diese Menschen geht es uns. Wenn wir sie richtig ansprechen, wenn sie uns verstehen, weil wir verständlich sind, und wenn wir nicht bloß durch Worte, sondern durch Taten überzeugen, dann können wir auch mit Zuversicht den Wahlausgangen schauen. Meine Bitte lautet: Stehen wir zusammen und handeln wir gemeinsam. Dies ist eine schwierige Zeit, aber es ist eine gute Zeit für Deutschland und — wenn wir wollen — für die Christlich Demokratische Union.

## Genehmigung von Satzungsänderungen der Vereinigungen

Im Zuge der Wiederherstellung der Einheit Deutschlands, aber auch aus grundsätzlichen Erwägungen haben die Bundesvereinigungen der CDU auf ihren Kongressen der vergangenen Jahre neue Satzungen oder Satzungsänderungen beschlossen.

Der Bundesausschuß hat auf seiner Sitzung am 18. Juni in Bonn die Beschlüsse der Frauen-Union, der Jungen Union, der Christlich-Demokratischen Arbeitnehmerschaft (CDA), der Kommunalpolitischen Vereinigung (KPV), der Mittelstandsvereinigung der CDU/CSU (MIT) und der Senioren-Union bestätigt.

Es handelt sich bei den Satzungsänderungen z. B. neben einigungsbedingten Regelungen um

● weitergehende Mitwirkungsrechte für Frauen in der Frauen-Union, auch wenn sie nicht Mitglieder der CDU sind,

- die Neuformulierung des Selbstverständnisses der Jungen Union,
- verbesserte passive Wahlrechte für CDA-Mitglieder, die nicht der CDU angehören, sowie Frauenförderung,
- die Vorschrift, daß in den Hauptausschuß und den Bundesvorstand der KPV in der Regel nur kommunale Mandatsträger gewählt werden sollen, um eine Verflechtung von kommunalpolitischer Praxis vor Ort und den Entscheidungsgremien auf Bundesebene zu gewährleisten,
- die Festlegung bei der Mittelstandsvereinigung, daß die Zahl der Delegierten der Arbeitsgemeinschaft Mittelstand der CSU einen festen Prozentsatz der stimmberechtigten Delegierten ausmacht, und
- um die Festlegung des für Männer und Frauen gleichen Eintrittsalters in die Senioren-Union in der Regel auf das vollendete 60. Lebensjahr.

## Der Bundesausschuß hat die folgenden Vertreter und Stellvertreter im Vorstand der EVP gewählt:

### Ordentliche Mitglieder: (11)

Otto Bardong  
Klaus Escher (JU)  
Renate Hellwig, MdB  
Ottfried Hennig, MdL  
Peter Hintze, MdB  
Hartmut Perschau  
Godelieve Quisthoudt-Rowohl, MdEP  
Bernhard Sälzer, MdEP  
Andreas Schockenhoff, MdB  
Stanislaw Tillich, MdEP-Beobachter  
Friedrich Vogel, MdB

### Stellvertreter: (11)

Reimer Böge, MdEP  
Elmar Brok, MdEP  
Bernd Fischer  
Anne-Karin Glase, MdEP-Beob.  
Peter Kittelmann, MdB  
Marlene Lenz, MdEP  
Friedrich Merz, MdEP  
Doris Pack, MdEP  
Günther Rinsche, MdEP  
Christian Schede  
Michael Stübgen, MdB

# Wirtschaftskraft der neuen Länder in drei Jahren fast verdoppelt

**Zum dritten Jahrestag der Wirtschafts-, Währungs- und Sozialunion erklärte Generalsekretär Peter Hintze:**

Auch am 3. Jahrestag der Wirtschafts-, Währungs- und Sozialunion wissen wir: die damals von Bundeskanzler Helmut Kohl vollzogene Entscheidung war richtig, zukunftsorientiert und ein Dienst an unserem Vaterland. Bei der Verwirklichung der inneren Einheit Deutschlands haben wir inzwischen ein beachtliches Wegstück hinter uns gebracht. Man muß nicht erst die Statistik bemühen, um zu erkennen, daß die Entwicklung in den neuen Bundesländern auf einem sehr guten Wege ist. Natürlich bleibt noch manches zu tun. Aber die Deutschen haben allen Grund, auf die Entwicklung der vergangenen drei Jahre stolz zu sein und mit Optimismus in die Zukunft zu sehen.

Der Erfolg der wirtschaftlichen Einheit Deutschlands muß an der tatsächlichen wirtschaftlichen Entwicklung gemessen werden. Nach Expertenschätzungen hat die Wirtschaftskraft der ehemaligen DDR im Jahre 1989 gerade einmal zwanzig Prozent des Niveaus der alten Bundesländer erreicht. In drei Jahren Wirtschafts-, Währungs- und Sozialunion konnte die Wirtschaftskraft etwa verdoppelt werden. Dies ist ein erster ganz entscheidender Erfolg bei der Gesundung der Wirtschaft in den neuen Bundesländern. Die Ausgangsbedingungen für den weiteren Aufschwung haben sich bereits deutlich zum Positiven gewendet:

- Der Aufbau in den neuen Bundesländern gewinnt nachhaltig an Kraft. Dort

wird in einem Umfang investiert, wie es die moderne Wirtschaftsgeschichte in Deutschland, aber auch weltweit noch nicht gesehen hat. Die Errichtung modernster Produktionsstätten in den neuen Bundesländern schafft dauerhaft sichere Arbeitsplätze.

## Aufschwung beim Handwerk

- Die Privatisierung und Sanierung ehemaliger Kombinate und volkseigener Betriebe kann früher, als noch vor Monaten erwartet, abgeschlossen werden. Die privatisierten Unternehmen behaupten sich inzwischen auch erfolgreich am Markt.
- Die Grundlagen einer marktwirtschaftlichen Ordnung waren in der sozialistischen Mißwirtschaft der ehemaligen DDR außer Kraft gesetzt. Grund und Boden waren fast vollständig in Volkseigentum überführt. Selbständige, kleinere und mittlere gewerbliche Betriebe wurden bis spätestens 1972 verstaatlicht. Damit entfiel der Anreiz zur Selbstverwirklichung in Selbständigkeit und zur Eigeninitiative als Antriebskraft wirtschaftlicher Entwicklung. Inzwischen gedeiht aber der Mittelstand wieder durch die umfangreichen Fördermaßnahmen der Bundesregierung. Im Handwerk findet der Aufschwung bereits statt, ebenso wie in der gesamten Bauwirtschaft.

- Wohnungen, Straßen, Schienenwege, das Telefonnetz und jegliche Infrastruktur, die für den wirtschaftlichen Aufschwung unverzichtbar sind, wurden jahrzehntelang vom SED-Regime vernachlässigt. Die Deutsche Bundespost/

Telekom wird daher bis zum Jahre 1997 mit einem Investitionsvolumen von rund 60 Milliarden DM das Fernmeldenetz in den neuen Bundesländern zum modernsten Telekommunikationsnetz der Welt ausbauen. Auch der Ausbau der Verkehrsinfrastruktur läuft auf vollen Touren.

- An der Natur wurde in vier Jahrzehnten Sozialismus unvorstellbarer Raubbau betrieben. Die erheblichen Zerstörungen der Umwelt stellen uns heute vor Rekultivierungs- und Sanierungsaufgaben ohne Beispiel. Doch konnte die Umweltsituation in den neuen Bundesländern in den vergangenen drei Jahren deutlich verbessert werden. Allein die Einleitung von Schadstoffen in die Gewässer wurde um bis zu 80 Prozent gesenkt.
- Mit Einführung der Sozialen Marktwirtschaft sind die Arbeitseinkommen und Renten in den neuen Bundesländern erheblich gestiegen. Die meisten Haushalte haben beachtliche reale Einkommensgewinne. Der Lebensstandard ist deutlich angestiegen — auch wenn der Aufbauprozeß an einigen Menschen in Ostdeutschland vorbeigeht. Aber auch sie profitieren davon, denn Grundlage des

sozialen Staates ist der starke Wirtschaftsstaat.

Der tiefgreifende Wandel verlangt den Menschen in den neuen Bundesländern vieles ab. Auch für die Menschen in den alten Bundesländern gilt es, umzudenken. Wir erkennen heute, daß die Hinterlassenschaft von 40 Jahren Sozialismus weit aus verheerender ist, als irgendjemand zuvor angenommen hat. Eine wachstumsfördernde Politik ist daher dringend erforderlich, um die Erblast- und Aufbauprobleme zu bewältigen, die strukturellen Probleme der Wettbewerbsfähigkeit Deutschlands und die konjunkturelle Flaute nach 10 Jahren Wachstum zu überwinden. Die CDU setzt dabei auf Arbeit und Engagement statt auf sozialistische Umverteilungsstrategien, wo es nichts umzuverteilen gibt. Das haben die Menschen in Ostdeutschland hinter sich und gründlich satt.

Mit dem Solidarpakt, dem Standortsicherungsgesetz, dem Investitionserleichterungs- und Wohnbaulandgesetz hat die CDU hierfür eine zukunftsweisende Weichenstellung vorgenommen. Auf diesem Wege müssen wir fortfahren, um die notwendigen Wachstumsimpulse für die Zukunft freizusetzen.

## Mit Frischluft: Ferienfreizeit in Griechenland

Der Kinder- und Jugendverband Frischluft e.V. veranstaltet vom 1. bis 15. August 1993 eine Ferienfreizeit in Sarti/Griechenland. Als Programminhalte sind neben ausgiebigen Landerkundungen Gesprächsrunden mit griechischen Jugendlichen, Museumsbesuche und ein Folkloreabend vorgesehen. Die Teilnehmer haben die Möglichkeit, an einem Bootsausflug zur Mönchsrepublik Athos teilzunehmen.

Der Reisepreis beträgt für Mitglieder 720 DM (14—26 Jahre) oder 900 DM (über 26 Jahre) und für Nichtmitglieder 800 DM bzw. 980 DM. Im Reisepreis enthalten ist der Flug Frankfurt-Thessaloniki, die Unterkunft auf dem Campingplatz sowie Halbpension.

Weitere Informationen sind zu erfahren bei Frischluft e.V.

Annaberger Str. 283, 5300 Bonn 2  
Tel. (02 28) 31 00 23  
Fax (02 28) 31 47 03

**„Nacht der Obdachlosen“**

# Verpaßte Chance

Zur bundesweiten Aktion „Nacht der Obdachlosen“ erklärte der wohnungspolitische Sprecher der CDU/CSU-Bundestagsfraktion, Dietmar Kansy:

Obdachlose in ganz Europa — unterstützt von berufenen und auch nicht gerufenen Hilfsorganisationen — haben auf die Lage der Obdachlosen aufmerksam gemacht. Die Aktion hätte angesichts echter, über die Probleme klassischer Penner und Berber hinausgehender Obdachlosigkeit auch in Deutschland mehr gesellschaftliche Aufmerksamkeit verdient. Trotz aller Medienauftritte Betroffener und „Platte-Machen“ für wenige Stunden durch Prominente schaute die Gesellschaft weg, sei es, daß das Wermutbrüder-Image der Obdachlosen zu tief sitzt oder „nur“, weil für die Not dieser Menschen in Deutschland ja ausschließlich die Politiker verantwortlich sind.

Vorschub für das Wegschauen der Öffentlichkeit lieferten auch die Veranstalter, die mit ihrer Strategie, die Bundesregierung als Hauptverantwortlichen auf die Anklagebank zu setzen, zwar Emotionen schürten, aber keine realistischen Lösungsansätze aufzeigten. Den Betroffenen selbst, z. B. bei der Forumsveranstaltung in Berlin, konnten kaum die drei Verantwortungsebenen bei Bund, Ländern und Gemeinden klargemacht werden. Wer sich im Winter unter eine Brücke schlafen legt, denkt dabei nicht über unseren föderativ verfaßten Staat nach, sondern darüber, ob er am nächsten Morgen lebendig wieder aufwacht. Das Hauptproblem der deutschen Wohnungspolitik, daß trotz großer finanzieller Anstrengungen von Bund, Ländern und

Gemeinden die Zahl derer wächst, die durch die Maschen dieses Fördersystems fallen, weil die Mehrheit den Status quo des weitverzweigten und komplizierten Fördersystems verteidigt, wurde ausgeklammert. Wer aber bei begrenzten öffentlichen Mitteln nur neue Milliarden fordert, damit noch verbunden weitere Mietrechtsverschärfungen, die private Investoren abschrecken, und angemessene Standardreduzierungen ablehnt, hilft nicht den Obdachlosen, sondern schadet ihnen.

Mutig wäre ein Appell an die große Mehrheit der Menschen in Deutschland gewesen, die gut wohnt, ein kleines Stück mehr Eigenverantwortung für das Wohnen zu tragen, damit man einer kleinen Minderheit besser helfen kann.

## Nicht die Augen verschließen

Dennoch sollte jetzt nicht zur Tagesordnung übergegangen werden. Von den Betroffenen selbst kam manche berechtigte Kritik. Ist es wirklich nicht gesamtstaatlich anders zu organisieren, daß bis zu 3.000 DM im Monat staatliche Mittel aufgewandt werden, um Obdachlose in Pensionen unterzubringen? Mit Sicherheit kann man dafür in geeigneter Weise bauen. Oder wollen wir die Augen davor verschließen, wie insbesondere die westdeutschen Ballungszentren durch Zuwendungen von außen und binnendeutsche Wanderung bis zum Jahr 2000 Millionen neue Menschen verkräften müssen mit dem Ergebnis, daß die Schwächsten im wahrsten Sinne des Wortes auf der Straße landen und in bestimmten Stadtteilen Verslumungstendenzen nicht mehr ausgeschlossen werden können?

Das Schwarze-Peter-Spiel der Schuldzuweisung zwischen Bund, Ländern und Gemeinden sowie den verschiedenen Parteien muß endlich durch einen politischen Mindestkonsens aller Beteiligten ersetzt werden können.

# Qualität des Bildungssystems entscheidender Standortfaktor

Auf Einladung des Vorsitzenden des Bundesfachausschusses Kulturpolitik, Georg Gölter, sind Vertreter der Industrie, Berufsverbände und Gewerkschaften sowie Hochschullehrer Mitte Juni im Konrad-Adenauer-Haus zusammengekommen, um den bildungspolitischen Programmentwurf der CDU „Für die humane Leistungsschule und ein leistungsfähiges Hochschulsystem“ zu diskutieren.

Der Diskussionsentwurf für den kommenden Parteitag wurde von den Bildungsexperten als ein mutiges Papier gelobt, welches den Handlungsbedarf in unserem Bildungssystem aufzeige. Übereinstimmend mit dem Bundesfachausschuß Kulturpolitik betonten die Bildungsexperten, daß die Leistung-, Verantwortungsbereitschaft und der Gemeinsinn der Schüler, Auszubildenden und Studenten zu stärken sei. Auch wurde ein Konsens darüber erzielt, die Ausbildungszeiten generell zu kürzen, die Prüfungsphasen zu straffen und Hochqualifizierte auch in der beruflichen Bildung noch effizienter zu fördern.

Die Vertreter des Bundes der Arbeitgeber, des Deutschen Industrie- und Handelstages, des Zentralverbandes des Deutschen Handwerks und des Deutschen Gewerkschaftsbundes begrüßten, daß der Diskussionsentwurf der CDU die Notwendigkeit betone, die berufliche Bildung aufzuwerten. Gegenüber der akademischen Bildung müsse die Ausbildung im dualen System endlich den Stellenwert erhalten, der ihr gebühre. Absolventen der beruflichen Bildung sei bei besonderer Qualifikation der Weg in die Hochschulen zu bahnen.

Der Ausbau von Fachhochschulen und ein flächendeckendes Angebot an Berufsakademien, die praxisorientiert ihre Studenten auf die Arbeitswelt vorbereiten, wurde übereinstimmend befürwortet.

Die Fachleute rieten der CDU, in ihrer Bildungspolitik angemessen auf den technologischen Wandel zu reagieren. Die Lehrer an den allgemeinbildenden Schulen müßten durch eine entsprechende Fortbildung qualifiziert werden, ihre Schüler und Auszubildenden auf die veränderten Herausforderungen einzustellen. Neue Medien sollten im Unterricht

Die Wirtschaft wird nur dann weiter erfolgreich sein, wenn das „Humankapital“ und die Leistungsbereitschaft junger Menschen optimal genutzt werden.

und in der Lehre berufsvorbereitend eingesetzt werden.

Neben dem Anspruch auf Allgemeinbildung sei jungen Menschen ein realitätsgetreues Bild der Arbeitswelt als Vorbereitung auf ihr künftiges Berufsleben zu vermitteln.

Die Vertreter des Bundesfachausschusses Kulturpolitik wie die Bildungsexperten waren sich darüber einig, daß die Qualität des deutschen Bildungssystems ein entscheidender Standortfaktor ist. Die deutsche Wirtschaft und Wissenschaft wird nur dann weiter erfolgreich und wettbewerbsfähig sein, wenn das „Humankapital“ und die Leistungsbereitschaft junger Menschen optimal genutzt wird.

Wolfgang Schäuble:

# Verfassungsgerichtsurteil schafft Klarheit für Soldaten in Somalia

Die SPD-Fraktion hatte beim Bundesverfassungsgericht den Antrag gestellt, im Wege einer einstweiligen Anordnung den Beschuß der Bundesregierung vom 21. April 1993 über die Beteiligung an der Durchführung der Operation in Somalia (UNOSOM II) auszusetzen und die Bundesregierung anzuweisen, bis zur Entscheidung in der Hauptsache die bereits in Somalia befindlichen Soldaten der Bundeswehr zurückzuziehen und keine weiteren Soldaten nach Somalia zu entsenden. Das war der Antrag der sozialdemokratischen Bundestagsfraktion.

Das Bundesverfassungsgericht hat auf diesen Antrag hin gestern abend entschieden, daß bis zur Entscheidung in der Hauptsache die Beteiligung der Bundeswehr an UNOSOM II gemäß dem Beschuß der Bundesregierung aufrechterhalten und fortgeführt werden kann, wenn und soweit der Deutsche Bundestag dieser Entscheidung der Bundesregierung ausdrücklich und förmlich zustimmt.

Damit diese förmliche Anforderung des Verfassungsgerichts erfüllt wird, bringen die Koalitionsfraktionen den Antrag, um den die Tagesordnung ergänzt worden ist, ein, daß der Bundestag dem Beschuß der Bundesregierung vom 21. April 1993 in vollem Umfang zustimmen möge, womit der Bundestag seine Entscheidung vom 21. April 1993, mit der er den Beschuß der Bundesregierung schon begrüßt und gebilligt hat, noch einmal ausdrücklich bekräftigt, bestätigt und wiederholt.

Die CDU/CSU-Fraktion begrüßt das

Urteil des Bundesverfassungsgerichts. Dieses Urteil schafft Klarheit für die Soldaten der Bundeswehr, die einen schwierigen, nicht ungefährlichen, aber lebensnotwendigen Dienst in Somalia leisten, die dabei Anspruch auf die Unterstützung des Bundestags haben und die unseren Dank verdienen, den ich auch von dieser Stelle aus zum Ausdruck bringen möchte.

Die Bundesrepublik Deutschland leistet durch die Soldaten der Bundeswehr einen notwendigen Beitrag zur Hilfsaktion der Vereinten Nationen zugunsten der gequälten Menschen in Somalia. Das ist es, worum es geht. Hunger, Not, Tod und Elend haben Zehntausende von

**Rede des Vorsitzenden der CDU/CSU-Bundestagsfraktion in der Bundestagsdebatte zur Entscheidung des Verfassungsgerichts zum Somalia-Einsatz der Bundeswehr am 24. Juni.**

Menschen in Somalia das Leben gekostet. Die Vereinten Nationen mit Soldaten aus 30 Ländern haben einen erfolgreichen Dienst geleistet. Noch ist er nicht zu Ende; wenn er zu Ende wäre, bräuchten wir ja nicht über seine Fortführung zu beschließen. Aber es ist viel an Not, Elend und Leiden in den zurückliegenden Monaten gelindert worden, und es müssen weiterhin Not und Elend gelindert werden.

**Es ist ein zutiefst humanitärer Einsatz, den die Soldaten der Bundeswehr und die Soldaten von 29 ande-**

## ren Mitgliedstaaten der Vereinten Nationen in Somalia leisten.

Wir als Bundesrepublik Deutschland sind von den Vereinten Nationen dringend um die Beteiligung an dieser Aktion gebeten worden. Die Bundesregierung hat mit Unterstützung der Mehrheit des Bundestags beschlossen, diesen dringend notwendigen und geforderten Beitrag nicht zu verweigern. Die Soldaten der Bundeswehr leisten ihn aus Überzeugung und aus freier Entscheidung, und sie leisten ihn großartig.

Der Antrag, den die Koalitionsfraktionen heute zur Beratung in den Bundestag einbringen, bietet den Sozialdemokraten die Chance, mit ihrer Zustimmung zu diesem Antrag zugleich ihre Unterstützung für den Einsatz der Soldaten der Bundeswehr in Somalia zum Ausdruck zu bringen. Ich lade Sie ausdrücklich ein, unserem Antrag zuzustimmen.

**Das Urteil des Bundesverfassungsgerichts von gestern abend stellt erneut klar, daß die Bundesregierung mit dieser Entscheidung wie mit anderen Entscheidungen nicht gegen das Grundgesetz verstößen, sondern im Rahmen der Verfassung mit ihren Entscheidungen ihre Pflicht getan hat.**

Deswegen finde ich, daß die Sozialdemokraten den verantwortungslosen Vorwurf des Verfassungsbruchs nicht mehr erheben sollten, sondern sie sollten ihn ausdrücklich zurücknehmen.

Wenn man das höchste deutsche Gericht anruft — auch ich bin kürzlich erst Antragsteller in einem Verfahren gewesen —, dann sollte man eine Entscheidung des Gerichts auch dazu nützen, um auf der Grundlage der Entscheidung des Gerichts mehr Einigkeit und mehr Rechtsfrieden herzustellen. Dafür möchte ich gerade werben.

Wenn man einen Antrag beim Verfassungsgericht stellt, in dem die Bundesregierung aufgefordert wird, Soldaten zurückzurufen, dann kann man, wenn das Verfassungsgericht das Gegenteil entscheidet, nicht sagen, man habe einen großen Erfolg erzielt. Von der Sorte von Erfolgen wünsche ich Ihnen noch viele. Aber Sie sollten bei der Wahrheit bleiben!

Ich finde, wir sollten miteinander die Chance nutzen, mehr Rechtsfrieden herbeizuführen. Wir könnten und sollten den Streit über die verfassungsrechtlichen Voraussetzungen und Grenzen der Einsatzmöglichkeiten der Bundeswehr so rasch wie möglich beenden, und wir sollten ihn in Bonn und nicht in Karlsruhe beenden.

Die Koalitionsfraktionen von CDU/CSU und F.D.P. haben am 15. Januar einen gemeinsamen Antrag auf eine klarstellende Ergänzung des Grundgesetzes im Bundestag eingebracht. Eine Annahme dieses Antrags würde den Streit über die verfassungsrechtlichen Voraussetzungen und Grenzen der Einsatzmöglichkeiten der Bundeswehr beenden können.

Es gibt manche, die sagen, nach den Urteilen des Verfassungsgerichts sei die Notwendigkeit für eine klarstellende Ergänzung des Grundgesetzes geringer geworden.

**Ich sage Ihnen für die CDU/CSU-Fraktion: Wir sind nach wie vor zu einer klarstellenden Ergänzung des Grundgesetzes zur Beendigung des Streits und auch zu jedem Zeitpunkt zu Gesprächen über den Inhalt einer solchen klarstellenden Ergänzung bereit.**

Wozu wir nicht bereit sind, ist, die nach unserer Überzeugung nach dem Grundgesetz gegebenen Einsatzmöglichkeiten substantiell einzuschränken. Das ist keine

klärstellende Ergänzung, und das ist nach den von Ihnen erwirkten Urteilen auch im einstweiligen Verfahren weniger denn je möglich.

Was hat das Gericht denn in der Sache noch gesagt? — Das Gericht hat sehr deutlich seine Meinung zum Ausdruck gebracht — die von den allermeisten von uns und auch in unserer Bevölkerung geteilt wird —, daß diese Fragen nicht vor Gericht, sondern politisch im Deutschen Bundestag entschieden werden sollen.

**Aber — das sagt das Gericht auch — politische Entscheidung im Deutschen Bundestag heißt in der Demokratie, die Mehrheit entscheidet. Wer die Mehrheit ist, entscheidet der Wähler. Das ist das demokratische Prinzip.**

Sie wollten bisher — auch mit Ihrem Antrag — eine Entscheidung durch die Mehrheit verhindern, indem Sie gesagt haben, es bedürfe eines verfassungsändernden Gesetzgebungsverfahrens. Das Gericht sagt ausdrücklich: Die einstweilige Anordnung sichert somit nicht das von der Antragstellerin — das ist die SPD-Fraktion — geltend gemachte Recht, vor der Entsendung deutscher Soldaten nach Somalia ein Verfassungsänderungsverfahren durchzuführen.

Aber weil dies so ist, sollten Sie nicht auf der Position beharren, daß Sie sagen: Für den Einsatz der Soldaten der Bundeswehr ist eine Verfassungsänderung notwendig.

Sie ist wünschenswert, um den Streit zu beenden. Wir sind dazu bereit. Sie beharren ja nicht nur auf einer Verfassungsänderung, die den Einsatz in den integrierten AWACS-Verbänden verhindert. Ich habe Frau Fuchs in der vergangenen Woche gefragt, ob sie denn bereit sei, wenigstens durch eine Verfassungsände-

lung den Somalia-Einsatz in seiner jetzigen Form zu ermöglichen. Darauf hat sie gesagt, dazu wolle sie sich nicht äußern; das sei jetzt nicht die Frage. — Solange Sie noch nicht einmal diese Fragen beantworten können, sind Sie nicht gesprächsfähig, nicht handlungsfähig und nicht entscheidungsfähig.

Ich sage noch einmal — und das hat das Gericht klar zum Ausdruck gebracht —, es soll in Bonn entschieden werden. Das heißt: Es soll mit der Mehrheit des Deutschen Bundestags entschieden werden. Dazu sind wir bereit. Wenn Sie wollen, möchten wir dies gemeinsam mit Ihnen auch durch eine Verfassungsergänzung im Grundgesetz klarstellen. Darüber sollten wir bald miteinander reden. Die Koalition, die CDU/CSU-Fraktion ist dazu wie in der Vergangenheit auch in der Zukunft bereit.

**Der Eindruck der Blockade deutscher Außen- und Sicherheitspolitik ist schädlich für die Bundesrepublik Deutschland nach innen und nach außen. Er sollte nicht länger fortbestehen.**

Deutschland muß in einer Welt voller Kriege, Not und Elend seine Verantwortung tragen.

Ich sage noch einmal: In einer Zeit, in der es zuviel Krieg, Not, Elend, Hunger und Tod in der Welt und in Europa gibt und in der Gefahren zuhauf auch für uns drohen, müssen die Deutschen ihren Beitrag im Rahmen der Vereinten Nationen für eine Zukunft mit mehr Frieden und mit mehr Sicherheit leisten. Wenn wir unseren Beitrag verweigern, machen wir uns schuldig. Deswegen muß die Blockade der deutschen Außen- und Sicherheitspolitik beendet werden. Der Eindruck von Ohnmacht und Hilflosigkeit etwa der Europäer gegenüber dem elenden Krieg im früheren Jugoslawien sollte nicht länger fortbestehen.

**Solange wir Deutschen nur an andere appellieren und selber einen uns angemessenen und möglichen Beitrag verweigern, leisten wir einen Beitrag zur Ohnmacht und Hilflosigkeit der zivilisierten Welt. Das darf nicht fortgesetzt werden.**

Es reicht nicht aus, für den Frieden zu demonstrieren und sich zu entrüsten, wenn andere das tun, wozu wir selber unseren Beitrag verweigern. Das haben wir zu lange in der Vergangenheit gemacht. Das dürfen wir nicht fortsetzen. Deswegen, verehrte Kolleginnen und Kollegen von der sozialdemokratischen Bundestagsfraktion, werbe ich eindringlich dafür, daß auch wir unseren Beitrag im Rahmen der Vereinten Nationen leisten.

Verehrte Kolleginnen und Kollegen der SPD, Sie stehen am Beginn eines wichtigen Parteitages Ihrer Partei. Wir richten auch die Beratungen des Deutschen Bundestages darauf ein. Ich bedanke mich,

daß Sie mitgewirkt haben, damit dieser Antrag heute schon in erster Lesung behandelt werden kann.

Wir alle sollten die Entscheidung des Gerichts zum Anlaß nehmen, jetzt den Streit über diese Fragen zu beenden und die Bundesrepublik Deutschland handlungsfähig zu machen.

Ich wiederhole meine Bitte an Sie: Lassen Sie uns miteinander dieses Urteil zum Anlaß nehmen, den Streit zu beenden und die Handlungsfähigkeit der Bundesrepublik Deutschland sicherzustellen, damit wir in Zukunft unseren Beitrag leisten können für eine Welt mit weniger Krieg, mit weniger Tod, mit weniger Elend und für eine Zukunft, in der Freiheit und Freiheit für Deutsche und alle anderen Menschen in Europa und in der Welt eine größere Chance haben. Das ist das Gebot dieser Stunde. Ich bitte Sie herzlich darum.

*(Langanhaltender Beifall bei der CDU/CSU — anhaltender Beifall bei der F.D.P.)*

## Aus der Bildungsarbeit der Konrad-Adenauer-Stiftung

Veranstaltung Nr. 249

### **Transitland Deutschland – Die Veränderungen in Europa und ihre Auswirkungen auf die Verkehrspolitik. Eichholzer Forum**

29. bis 30. September 1993

Veranstaltungsort:

Bildungszentrum Schloß Eichholz  
(Wesseling)

Hauptthemen:

- Verkehrspolitische Grundsatzentscheidungen für die 90er Jahre
- Was rettet Europa vor der Immobilität? — Thesen zu einem ordnungspolitischen Verkehrskonzept für Europa

- Das Binnenmarktparadox: Ist die steigende Mobilitätsnachfrage mit Verkehrsreduktion harmonisierbar?
- Das Gegengift: Privatwirtschaftliche Realisierung öffentlicher Aufgaben am Beispiel von Verkehrsinfrastruktur
- Das Pilotprojekt „Private-Public-Partnership“ in der Erprobung
- Perspektiven, Ausblicke und Einschätzungen aus volkswirtschaftlicher Sicht

Weitere Informationen/Anmeldungen:

**Konrad-Adenauer-Stiftung  
Bildungszentrum Schloß Eichholz  
Postfach 1331, 50387 Wesseling**

# Der EG-Gipfel von Kopenhagen

**Am 21. und 22. Juni 1992 tagte zum Abschluß der dänischen Präsidentschaft der EG-Gipfel in Kopenhagen. Die wichtigsten Ergebnisse waren:**

## Plan für europäisches Wirtschaftswachstum

Der Präsident der EG-Kommission, Jacques Delors, hat seinen Plan — „Wege ins 21. Jahrhundert“ — für Wirtschaftswachstum und zur Erhöhung der Wettbewerbsfähigkeit in Europa vorgestellt. Bis zum nächsten regulären EG-Gipfel im Dezember 1993 wird er durch ein Weißbuch mit konkreten Maßnahmen seinen Plan konkretisieren. Die wichtigsten Elemente seines Plans sind:

- Weiterer Ausbau des EG-Binnenmarkts, um mit den Wirtschaftsriesen auf den Weltmärkten, Japan und USA, konkurrenzfähig zu bleiben;
- Festlegung von Stabilisierungsprogrammen zur Beschränkung der Staats Schulden, damit die europäische Währung genauso stabil wird wie die DM;
- Erfolgreicher Abschluß der GATT-Verhandlungen, denn Beseitigung von Handelshemmnissen führt zu Wirtschaftswachstum und neuen Arbeitsplätzen;
- Hilfe für kleine und mittelständische Unternehmen, die das Rückgrat der deutschen und europäischen Wirtschaft sind;
- Vertiefung der Zusammenarbeit im Bereich der Forschung und Entwicklung sowie eine Reformierung und Umorientierung der einzelnen Bildungssysteme in Europa, um neue, moderne und wettbewerbsfähige Arbeitsplätze schaffen zu können;
- Schaffung von effizienten Transport- und Telekommunikationsstrukturen, um Europa auf das Informations- und Kommunikationszeitalter vorzubereiten.

Die EG strebt einen schnellen Abschluß der Beitrittsverhandlungen mit den beitrittswilligen EFTA-Staaten Österreich, Finnland, Schweden und Norwegen an, so daß zum 1. Januar 1995 diese Länder der EG beitreten können. Der EG-Beitritt dieser reichen Länder entlastet den deutschen Steuerzahler.

## Beziehungen mit den assoziierten Staaten Mittel- und Osteuropas

Die EG begrüßt die Anstrengungen von Polen, Tschechische Republik, Slowakei, Ungarn, Rumänien und Bulgarien, ihre Wirtschaft zu modernisieren, um einen raschen Übergang zur Marktwirtschaft zu erreichen. Die EG wird auch künftig diesen Reformprozeß unterstützen. Die EG bietet diesen mittel- und osteuropäischen Staaten auf Wunsch den EG-Beitritt an. Sie sollen aber erst dann beitreten können, wenn sie fähig sind, die wirtschaftlichen und politischen Pflichten der EG-Mitgliedschaft zu erfüllen. Dies setzt voraus, daß das beitrittswillige Land stabile Institutionen aufgebaut hat, die die Demokratie, die Rechtsstaatlichkeit, die Menschen- und die Minderheitenrechte garantieren. Die Existenz einer funktionierenden Marktwirtschaft und die Fähigkeit, mit dem großen Wettbewerbsdruck innerhalb der EG erfolgreich umgehen zu können, muß gewährleistet sein.

Die EG setzt die enge politische Zusammenarbeit mit Rußland fort, insbesondere in Form von gemeinsamen diplomatischen Aktionen, die zur Lösung von internationalen Krisen beitragen.

## Krieg in Bosnien-Herzegowina

Der Bundeskanzler hat angesichts der furchtbaren Verbrechen an den nahezu

wehrlosen Muslime in Bosnien-Herzegowina die Aufhebung des UN-Waffenembargos für Bosnien-Herzegowina gefordert. Ferner wird Deutschland keinem Land wirtschaftliche Aufbauhilfe leisten, das durch Kriegsführung Grenzverschiebungen durchsetzt. Der EG-Gipfel hat sich darauf geeinigt, daß vorerst in Genf ein Abschluß der Verhandlungen angestrebt wird, der für alle drei Kriegsparteien annehmbar ist. Ferner sollen die in Bosnien-Herzegowina stationierten UN-Truppen verstärkt werden. Frankreich und Spanien kündigten an, daß sie ebenfalls für die Aufhebung des Waffenembargos gegenüber Bosnien-Herzegowina eintreten werden, falls die nun beschlossenen Maßnahmen nicht zu einer Befriedung der Region führen.

### **EG-Sondergipfel**

Sind bis Ende September alle Ratifizierungsurkunden des Maastrichter Vertrags hinterlegt, findet am 12. Oktober 1993 ein EG-Sondergipfel mit folgende Themen statt:

- Maßnahmen für den Start der 2. Stufe der Europäischen Wirtschafts- und Währungsunion am 1. Januar 1994. Insbesondere soll der Sitz des Europäischen Währungsinstituts, des Vorläufers der Europäischen Zentralbank, festgelegt werden.

- Umsetzung der Maastrichter Vertragsbestimmungen im Bereich der Zusammenarbeit in der Innen- und Justizpolitik. Der Sitz von Europol muß festgelegt werden, damit so schnell wie möglich europaweit dem international organisierten Verbrechen und den Drogenkartellen das Handwerk gelegt werden kann.

- Umsetzung der Maastrichter Vertragsbestimmungen im Bereich der Gemeinsamen Außen- und Sicherheitspolitik, damit die EG in Zukunft die sicherheitspolitischen Instrumente hat, wirksam auf Krisen und Kriege zu reagieren.

- Institutionelle Reformen in Hinsicht auf die geplante EG-Erweiterung im Jahre 1995, damit auch eine größere EG handlungsfähig bleibt.

## **Aus der Bildungsarbeit der Konrad-Adenauer-Stiftung**

Veranstaltung Nr. 219

### **Schwierige Erbschaft – Über den Umgang der Deutschen mit ihrer Geschichte**

Fachtagung für ältere Mitbürgerinnen und Mitbürger

25. bis 27. August 1993

Veranstaltungsort:

Bildungszentrum Schloß Eichholz  
Wesseling

Hauptthemen:

- „Berlin“ — Hauptstadt und Metropole einst und heute
- „Ich kenne keine Parteien mehr“ — Zur Stellung und Bedeutung der poli-

tischen Parteien in der deutschen Geschichte

- In Geschichten verstrickt — Warum sich die Deutschen so gerne mit sich selbst beschäftigen

- Das 20. Jahrhundert im Spiegel des politischen Extremismus in Deutschland

- Der unpolitische Deutsche? — Zum politischen Ethos der Deutschen

Anmeldungen/Weitere Informationen:

**Konrad-Adenauer-Stiftung**  
**Bildungszentrum Schloß Eichholz**  
**Postfach 1331**  
**50387 Wesseling**

# Besondere Verantwortung für den Europäischen Einigungsprozeß

**1.** Der Zusammenarbeit zwischen der Christlich-Demokratischen Union Deutschlands und der Union pour la Democratie Française kommt nach dem Regierungswechsel in Frankreich eine noch größere Bedeutung zu. Es besteht Einigkeit, daß dem durch eine Intensivierung der Kontakte auf allen Ebenen und regelmäßige Gespräche Rechnung getragen werden soll. Zu dieser Kooperation gehört auch eine immer engere Zusammenarbeit im Europäischen Parlament.

**2.** Deutschland und Frankreich haben eine besondere Verantwortung für die Fortsetzung des Europäischen Einigungsprozesses. Sie müssen auch zukünftig der Motor für die Vertiefung der Europäischen Integration bleiben. Dem kommt gerade im Vorfeld der in Maastricht vereinbarten Regierungskonferenz 1995/96 besondere Bedeutung zu. Eine deutliche Vertiefung der Zusammenarbeit in der Europäischen Union bleibt die entscheidende Voraussetzung für die schrittweise Ausdehnung der Gemeinschaft auf die Reformstaaten der Neuen Demokratien in Mittel- und Osteuropa.

**3.** Der Krieg im ehemaligen Jugoslawien hat gezeigt, daß die gegenwärtigen Instrumente für eine gemeinsame Außen- und Sicherheitspolitik noch zu schwach sind und dringend gestärkt werden müssen, wenn der Glaube in die Handlungsfähigkeit der gemeinschaftlichen Institutionen nicht nachhaltig geschwächt werden soll. Dies muß eine der zentralen Fragen für die kommende Regierungskonferenz sein.

**4.** Wir begrüßen die Entscheidung Belgiens, sich am bisher deutsch-französi-

schen Eurocorps mit bis zu 12.000 Mann zu beteiligen. Auch alle anderen EG-Mitglieder sind eingeladen, am Bau integrierter europäischer Streitkräfte teilzunehmen. Die Tür bleibt offen.

**5.** Die Bereitschaft des vereinten Deutschland zu verstärkter Übernahme von Verantwortung im Rahmen der Vereinten Nationen ist ein wichtiger Beitrag zur Sicherung einer friedlichen und

## Gemeinsame Erklärung von Generalsekretär Peter Hintze und dem Vorsitzenden der Union pour la Democratie Française, Valéry Giscard d'Estaing, anlässlich des Besuchs von Giscard am 30. Juni in Bonn

gerechten internationalen Ordnung. Entsprechend wird Deutschland auch stärker als bisher in vorbereitende Entscheidungsprozesse eingebunden werden.

**6.** Die Außengrenzen der Gemeinschaft müssen konsequenter als bisher gesichert werden. Europol muß jetzt zügig seine Arbeit aufnehmen.

**7.** Das Deutsch-Französische Jugendwerk feiert am 5. Juli sein dreißigjähriges Bestehen. Es ist unverändert eine unverzichtbare Einrichtung für die deutsch-französische Verständigung und die Begegnung junger Menschen. Seine finanzielle Ausstattung sollte den neuen Herausforderungen durch den Aufbau der Europäischen Union angepaßt werden.

# Peter Hintze: Viele haben die Veränderungen noch nicht vollständig zur Kenntnis genommen

Wenn wir fragen, was macht eigentlich die entscheidende Schwierigkeit in unserer heutigen Zeit aus, dann ist es aus meiner Sicht der Verlust einer uns sichermachenden und liebgewordenen Fähigkeit, der Verlust nämlich der Fähigkeit, zukünftige Entwicklungen mit Sicherheit zu prognostizieren.

Und dennoch, wir müssen handeln und können nicht abwarten, müssen viele politische Aufgaben und Probleme angehen und bewältigen. Und Entscheidungen, die wir heute treffen und tref-

stellen — das ist die vordringlichste Aufgabe der Politik, das haben wir uns mit unserem Grundsatzprogramm vorgenommen.

★ ★ ★

Wir brauchen auch wieder das Bewußtsein, daß Grenzen notwendig sind. Und wenn es mit Überzeugung nicht geht, dann muß es mit Entschiedenheit eingefordert werden. Wenn wir diese Grenzen nicht setzen, dann werden wir, was Bildung und Erziehung angeht, und als Gesellschaft keine Zukunft mehr haben. Auch das ist ein Thema, mit dem wir uns in unserer programmatischen Arbeit befassen.

Und wir müssen auch wieder Leistungsbereitschaft fordern, die Bereitschaft, etwas zu tun. Der berühmte Satz von John F. Kennedy „Frage nicht, was kann der Staat für mich tun, frage, was kann ich für den Staat tun“ muß wieder zur prägenden Einstellung in unserem Land werden. Und wir müssen den Menschen sagen, daß es anders keine Zukunft gibt.

Wir haben die wichtige Aufgabe, in unserem Grundsatzprogramm — viele fragen ja, warum diskutieren wir das überhaupt — solche Fragen, die weit über die Fragen des Tages hinausreichen, die Fragen der Grundverfassung unserer Gesellschaft sind, zu stellen und zu beantworten, bevor es zu spät ist.

Wenn wir in der Gesellschaft des reinen Egoismus landen, in der jeder nur noch fragt, was er bekommen kann, haben wir keine Zukunft mehr. Das müssen wir den Menschen sagen, auch wenn es für den einzelnen unbequem ist.

## Aus der Rede des Generalsekretärs auf dem Landesparteitag der Berliner CDU am 12. Juni

fen müssen, stellen die Weichen für die Zukunft. Sie wirken weit in das 21. Jahrhundert.

Sie betreffen die innere Struktur Deutschlands in den nächsten Jahrzehnten ebenso wie die außenpolitische Orientierung unseres Landes. Leider haben viele die Veränderungen und ihre Konsequenzen noch nicht vollständig zur Kenntnis genommen.

Wir leben gleichsam in einer doppelten Welt in Europa, aber auch in Deutschland. Das Alte ist weitgehend Vergangenheit, aber immer noch in den Köpfen und zum Teil auch in den Herzen präsent. Das Neue ist aber noch nicht recht sichtbar geworden. Orientierung geben, gegen Angst und Unsicherheit, entschlossen die Herausforderung annehmen, die Weichen auf Zukunft

# Grundsatzprogramm: Besinnung auf die Ursprünge der Partei

**Am 25. und 26. Juni fand im Bonner Konrad-Adenauer-Haus das Grundsatzforum „Freiheit und Verantwortung“ der CDU statt. Über 700 Teilnehmer, darunter Mitglieder der Partei wie interessierte Bürger, prominente CDU-Vertreter und Experten von außerhalb der Partei, diskutierten intensiv über den Entwurf des neuen Grundsatzprogramms.**

Am Freitagnachmittag sprach nach einer Einführung des Vorsitzenden der Grundsatzprogramm-Kommission, Reinhard Göhner, der Bundesvorsitzende, Bundeskanzler Helmut Kohl, über Grundlagen und Grundsätze christlich-demokratischer Politik. In seiner Rede hob er hervor, daß die CDU die erste Partei in Deutschland ist, die sich ein gesamtdeutsches Grundsatzprogramm nach der Wiedervereinigung unseres Vaterlandes gibt. Der Entwurf sei eine organische Weiterentwicklung — Aktualisierung, Präzisierung und Ergänzung — der im Ludwigs-hafener Grundsatzprogramm von 1978 niedergelegten Grundpositionen.

Er sei damit zugleich eine Besinnung auf die Ursprünge der Partei, wobei im Kern der Programmatik die Unantastbarkeit der Würde des Menschen als Ebenbild Gottes steht. Der Bundeskanzler erinnerte vor allem an die Entstehung der CDU aus der „Auflehnung des Gewissens“ gegen die Nazi-Barbarei; die Partei verdanke ihren Ursprung dem Geist der Freiheit. Wer mit den Grundwerten der CDU übereinstimme, sei herzlich eingeladen, in unserer Partei mitzuarbeiten.

Deutschland habe nur Zukunft, wenn sich Selbstverwirklichung in Gemeinsinn, Solidarität und Bereitschaft zur Verant-

wortung erfülle. Die Christlichen Demokraten wollten „die Tugenden des Bürgersinns und der Verantwortung für das Ganze wieder stärker zur Geltung bringen“ und „Leistung wieder höher bewerten als Ansprüche“. Die vermeintlich progressive SPD sei heute nur noch der Anwalt des Status quo und nicht bereit, verkrustete Strukturen anzutasten. Wertkonservative könnten sich dagegen heute bestätigt fühlen in ihrem Plädoyer für Einstellungen, die lange Zeit als almodisch verschrien worden seien. Zum Grundkonsens in einem Volk gehörten auch Tugenden wie Rücksichtnahme und

**Helmut Kohl: Wir müssen die Tugenden des Bürgersinns und der Verantwortung für das Ganze wieder zur Geltung bringen.**

Hilfsbereitschaft, Dankbarkeit und Höflichkeit, Anstand und Würde, ohne die auf Dauer der innere Zusammenhalt unserer Gesellschaft bedroht sei.

Prüfstein sei dabei nicht zuletzt der Schutz des Lebens ungeborener Kinder, aber auch das Verbot der „Euthanasie“. Die Debatte über das Grundsatzprogramm sei gerade heute von elementarer Bedeutung für die gesamte Gesellschaft. Auf dem Bundesparteitag im Februar 1994 werde das Programm verabschiedet. In der anschließenden Podiumsdiskussion stellten sowohl Bischof Lehmann, Vorsitzender der Deutschen Bischofskonferenz, als auch Landesbischof Hempel, Dresden, sowie Renate Köcher, Institut

für Demoskopie in Allensbach, heraus, daß die christlichen Wertgrundlagen für das Zusammenleben in unserer Gesellschaft unverzichtbar seien. Im Plenum wie in den fünf Foren, die sich am Samstagvormittag mit den Kapiteln des Grundsatzprogramms beschäftigten, wurden die Grundlinien des Programmentwurfs bestätigt.

Die Wichtigkeit der Familie als Fundament der Gesellschaft, der Umbau des Sozialstaats zur Erhaltung seiner Leistungsfähigkeit, die Gewährleistung der inneren Sicherheit in einem handlungsfähigen Rechtsstaat, die gewachsene Verantwortung Deutschlands im zusammenwachsenden Europa und der Welt sowie die Bewahrung der Schöpfung als neue Jahrhundertaufgabe wurden diskutiert und als Hauptfelder christlich-demokratischer Politik für die Zukunft bestätigt.

In seiner Abschlußrede wandte sich Generalsekretär Peter Hintze gegen die weitverbreitete „Zuschauer- und Abholermentalität“ und plädierte für mehr Verantwortung und eine neue „Gemeinsinn-Offensive“. Die freie und verantwortliche Gesellschaft sei das Ziel der CDU, das in ihrer speziellen Programmatik enthalten, aber heute mit neuem Gewicht herauszu stellen sei.

## Kieler Institut: 1994 kommt die Erholung

Nach ausgeprägter Rezession in Westdeutschland sieht das Kieler Institut für Weltwirtschaft (IfW) „Licht am Ende des Tunnels“: Die gesamtwirtschaftliche Produktion werde sich zum Ende des Jahres stabilisieren; vom Frühjahr 1994 an sei mit einer Erholung zu rechnen.

Nachdem das Bruttoinlandsprodukt im laufenden Jahr real um etwa zwei Prozent zurückgehen werde, könne 1994 mit einem Anstieg von 1,5 Prozent gerechnet werden.

Da in wichtigen Handelspartnerländern die Auftriebskräfte wieder die Oberhand gewonnen, würden die deutschen Exporte 1994 wieder zunehmen. Auf dem Arbeitsmarkt werde sich die Erholung allerdings erst mit der üblichen zeitlichen Verzögerung auswirken.

Wenn sich 1994 die Konjunktur im Westen belebe, werde davon auch die Industrie in den neuen Bundesländern profitieren. Alles in allem könne in Ostdeutschland für das Bruttoinlandsprodukt mit einem realen Anstieg von sieben (1993: vier) Prozent gerechnet werden.

## Erste Ausgabe des „Eichsfeld-Kuriers“ erschienen

Unter dem Titel „Eichsfeld-Kurier“ gibt der Kreisverband Eichsfeld in Thüringen mit Sitz in Dingelstädt für seine Mitglieder ab Juni 1993 eine eigene Mitgliederzeitung heraus.

Die im Eigendruck hergestellte Zeitung erscheint im A5-Format und hat eine Auflage von 3 000 Exemplaren. Die Redaktion liegt in Händen von Kreisgeschäftsführer Gerhard Martin

und Andrea Kirchner. Mit einem Aufsatz über die Situation im Kreisverband informiert der Kreisvorsitzende, Kultusminister Dieter Althaus, die CDU-Mitglieder umfassend. Weiter enthält die erste Ausgabe der neuen Mitgliederzeitung wichtige politische Informationen, Seminarangebote und informiert über die Termine im Kreisverband und in den 100 Ortsverbänden.

Geldwäschegegesetz:

# Das sogenannte „Anwaltsprivileg“ gibt es nun nicht mehr

Nach der neuerlichen Beratung des Geldwäschegegesetzes im Innenausschuß des Deutschen Bundestages am 24. Juni erklärte der innenpolitische Sprecher der CDU/CSU-Bundestagsfraktion, Erwin Marschewski:

Der Innenausschuß des Deutschen Bundestages hat mit den Stimmen von CDU/CSU und FDP dem Geldwäschegegesetz (vormalige Bezeichnung: Gewinnaufspürungsgegesetz) in der von den Berichterstattern der Koalitionsfraktionen erarbeiteten Fassung zugestimmt.

Das Gesetz kann damit in der letzten Sitzungswoche vor der Sommerpause vom Deutschen Bundestag verabschiedet werden. Damit wird ein weiterer Schritt getan, das Instrumentarium zur Bekämpfung der organisierten Kriminalität zu vervollständigen.

Das Geldwäschegegesetz setzt mit seinen Regelungen dort an, wo die organisierte Kriminalität hin will. Deren Triebfeder sind die Gewinne. Erzielte Gewinne müssen in den Wirtschaftskreislauf gebracht werden. Durch das Gesetz werden Pflichten, insbesondere für Banken, zur Identifizierung ihrer Kunden geschaffen. Bei Geldgeschäften über einen bestimmten Schwellenbetrag — über 25.000 DM — muß der Kunde identifiziert werden. Bei Verdacht der Geldwäsche ist den Strafverfolgungsbehörden Meldung zu machen.

Straftäter aus dem Bereich der organisierten Kriminalität, namentlich der Rauschgiftkriminalität, können damit nicht mehr wie bisher gefahrlos ihre Verbrechensge-

winne in den Wirtschaftskreislauf bringen — ihre Gelder „waschen“. Sie müssen vielmehr damit rechnen aufzufallen und nach dem mit dem Gesetz zur Bekämpfung der organisierten Kriminalität im vergangenen Jahr neu eingeführten Strafatbestand der Geldwäsche bestraft zu werden.

Gegenüber dem Regierungsentwurf sieht die nunmehr beschlossene Fassung des Geldwäschegegesetzes wesentliche Verbesserungen vor.

## Wesentliche Verbesserungen

Das sogenannte „Anwaltsprivileg“ gibt es nicht mehr. Die Verpflichtungen nach dem Geldwäschegegesetz gelten uneingeschränkt auch für Berufsgeheimnisträger, für Anwälte, Notare, Steuerberater usw. Genau wie bei Zahlungen auf Anderkonten anderer Personen muß auch bei Vorgenannten der wirtschaftlich Berechtigte festgestellt werden.

Um das besondere, traditionelle Vertrauensverhältnis zwischen Anwalt, Notar, Steuerberater usw. einerseits und Mandant andererseits zu schützen, werden die entsprechenden Angaben jedoch nicht der Bank gegenüber abgegeben, sondern gegenüber der für die Berufsaufsicht zuständigen öffentlich-rechtlichen Kammer.

Diese dem Schutz des Vertrauensverhältnisses Rechnung tragende Regelung stellt nicht nur sicher, daß Anforderungen der Kriminalitätsbekämpfung entsprochen wird. Sie ist sogar effektiver als die einfache Meldung gegenüber der Bank: die Kammern kennen schwarze Schafe in

# Pflicht zur Mitführung des Sozialversicherungsausweises erweitert

**Die Beschäftigten in Gaststätten und Hotels sowie im Personen- und Güterverkehr müssen bei ihrer Tätigkeit ab sofort den Sozialversicherungsausweis mitführen. Der Ausweis ist mit einem Lichtbild zu versehen und auf Verlangen den zuständigen Behörden vorzulegen. Das sieht das jetzt in Kraft getretene Gesetz zur Umsetzung des Föderalen Konsolidierungsprogramms vor.**

Außerdem hat der Arbeitgeber für jeden Beschäftigten, der zur Mitführung seines Sozialversicherungsausweises verpflichtet ist, spätestens am Tag der Beschäftigungsaufnahme eine Sofortmeldung an die Krankenkasse zu erstatten. Dabei sind die Versicherungsnummer des Beschäftigten, sein Familien- und Vorname, der Arbeitgeber sowie der Beginn der Beschäftigung mitzuteilen.

Der Sozialversicherungsausweis ist zum 1. Juli 1991 eingeführt worden, um illegale Beschäftigung und den

Mißbrauch sozialer Leistungen zu bekämpfen. Der Ausweis ist dem Arbeitgeber bei der Aufnahme einer neuen Beschäftigung vorzulegen. Andernfalls ist der Arbeitgeber zu einer Kontrollmeldung an die Einzugsstelle (Krankenkasse) verpflichtet. Schon bisher waren die Arbeitnehmer im Bau-, Schausteller- und Gebäuderuinigungsgewerbe sowie die Mitarbeiter von Unternehmen, die beim Auf- und Abbau von Messen und Ausstellungen tätig sind, verpflichtet, ihren Sozialversicherungsausweis mitzuführen.

Bei den durch Razzien und Prüfungen gemachten Erfahrungen stellte sich heraus, daß auch das Gaststätten- und Beherbungsgewerbe sowie das Personen- und Güterbeförderungsgewerbe Schwerpunkte von illegaler Beschäftigung, Schwarzarbeit und Leistungsmißbrauch sind. Deshalb wurde die Pflicht zur Mitführung des Sozialversicherungsausweises auf diese Branchen ausgedehnt.

ihrem Berufsstand eher als die Bankkassiererin.

Der erfolgreiche Abschluß der Beratungen im Innenausschuß zum Geldwäschegegesetz darf jedoch nicht darüber hinwegtäuschen, daß das Instrumentarium zur Bekämpfung der organisierten Kriminalität damit noch nicht vervollständigt ist. Um an die diejenigen heranzukommen, die die Verbrechen im Rahmen der organisierten Kriminalität damit noch nicht vervollständigt ist.

Um an die diejenigen heranzukommen, die die Verbrechen im Rahmen der organisierten Kriminalität begehen, um sie zu überführen und um sie verurteilen zu können, ist es weiterhin zwingend erforderlich, ihre Verabredungen und Kontakte aufzudecken.

Dazu gehört die Möglichkeit des Einsatzes technischer Mittel auch in Wohnungen (sog. „großer Lauschangriff“). Diese Möglichkeit wollen wir als nächsten Schritt schaffen.

# Recht sichert Freiheit

**Anlässlich der rechtspolitischen Fachtagung des Bundesarbeitskreises Christlich-Demokratischer Juristen (BACDJ) „Recht sichert die Freiheit — Perspektiven der Rechtspolitik in den neuen Ländern“ am 19. Juni in Schwerin erklärten der Vorsitzende des BACDJ, Minister Herbert Helmrich, und seine Stellvertreter, Minister Walter Remmers und Jakob Kraetzer:**

In den zweieinhalb Jahren nach Vollsiedlung der deutschen Einheit ist es gelungen, in den neuen Bundesländern einen demokratischen und sozialen Rechtsstaat im Sinne des Grundgesetzes aufzubauen. Auf seiner rechtspolitischen Fachtagung am 19. Juni 1993 in Schwerin hat der Bundesarbeitskreis Christlich-Demokratischer Juristen (BACDJ) die Perspektiven der Rechtspolitik für die neuen Bundesländer diskutiert. Zu den Themen der Tagung nimmt der BACDJ wie folgt Stellung:

## Entschädigungsgesetz

- 1.** Der Entwurf eines Entschädigungs- und Ausgleichsleistungsgesetzes ist verfassungsrechtlich bedenklich. Die Entschädigungs- und Ausgleichsberechtigten dürfen nicht wesentlich schlechter gestellt werden, als diejenigen, die ihr Eigentum zurückerhalten. Deshalb muß die Wertschere zwischen Entschädigung in Geld und Grundstücksrückgabe geschlossen werden. Hierzu reichen die bisherigen Finanzierungsinstrumente nicht aus.
- 2.** Um die Unverhältnismäßigkeit zwischen Entschädigungswerten und Restitutionswerten auszuschließen, ist an eine Anhebung der Entschädigungsleistungen

zu denken. Für den finanziellen Mehrbedarf ist zu prüfen, inwieweit eine Solidaritätsleistung aller Grundstückseigentümer in der gesamten Bundesrepublik — beispielsweise durch Erhebung einer Sonderabgabe — geregelt werden kann; ferner kommt eine langfristige Staatsanleihe in Betracht. Für die Ausgleichsleistungen an die zwischen 1945 und 1949 Enteigneten muß eventuell die Finanzierung über den Erblastenfinanzierungsfonds erfolgen.

- 3.** Ausgleichsleistungen sollen grundsätzlich in Geld erfolgen. In Höhe der Ausgleichsleistungen sollen, schon zur Entlastung des Entschädigungsfonds, Erwerbsmöglichkeiten hinsichtlich der früheren Flächen der Alteigentümer gesetzlich vorgesehen werden, soweit diese Grundstücke zur Verfügung stehen.
- 4.** Wer zumutbare Flächen angeboten erhält und sie ausschlägt, soll keine Entschädigung in Geld mehr erhalten. Zur Verhinderung von Spekulationen ist ein befristetes Veräußerungsverbot für Ausgleichsflächen festzuschreiben.
- 5.** Entschädigungszahlungen an Vertriebene müssen vorab in einem eigenen Gesetz geregelt werden.

## Rechts- und Verwaltungsvereinfachungen für die neuen Länder

Die Übernahme des gesamten bundesdeutschen Rechts in den neuen Ländern stößt insbesondere im öffentlichen Planungs- und Verfahrensrecht auf Schwierigkeiten im praktischen Vollzug. Das öffentliche Recht der Bundesrepublik Deutschland hat sich in den vergangenen 40 Jahren zum Recht einer Wohlstandsges-

sellschaft entwickelt, das den Anforderungen an eine im Aufbau befindliche Verwaltung in den neuen Ländern nicht gerecht wird.

Wir brauchen ein investitionsfreundliches Verwaltungsrecht! Deshalb sind für die neuen Länder zeitlich befristete Sonderregelungen zu treffen, die der Ausnahmesituation der Verwaltungen in den neuen Ländern Rechnung tragen und gleichzeitig den Investitionsstandort im Osten Deutschlands interessanter machen.

Mit dem Investitionserleichterungs- und Wohnbaulandgesetz hat der Gesetzgeber den richtigen Weg eingeschlagen. Insbesondere im Bau- und Raumordnungsrecht haben die neuen Länder erheblichen Handlungsspielraum gewonnen. Weitere Vereinfachungen müssen folgen, beispielsweise auf dem Gebiet des Verwaltungsrechtsschutzes.

Rechts- und Verwaltungsvereinfachungen dürfen darüber hinaus nicht nur für die neuen Bundesländer diskutiert werden, sondern sind auch für die alten Bundesländer durchzusetzen.

## Kriminalitätsbekämpfung im Rechtsstaat

Anwachsende Kriminalität und zunehmende Gewaltbereitschaft gefährden den inneren Frieden unseres Landes. Gerade die Ächtung jedweder Gewalt muß im Bewußtsein der Bevölkerung wieder stärker verankert werden. Dazu sind alle staatlichen und gesellschaftlichen Institutionen und jeder einzelne Bürger aufgerufen.

Um die Zunahme von Gewaltdelikten wirksam einzämmen zu können, benötigen wir effektivere Maßnahmen als bisher:

- Erweiterung der Haftgründe der Strafprozeßordnung auf Fälle gemeinschaftlicher oder anderer schwerer Gewalttaten.

- Stärkerer strafrechtlicher Schutz bei Taten, die sich gegen die körperliche Unversehrtheit richten.
- Verschärfung von Jugendstrafen bei extremistischen Gewalttaten.
- Überprüfung einer Absenkung der vollen Strafmündigkeit von 21 Jahren auf 18 Jahre.

Gerade die bei Jugendlichen zu verzeichnende anwachsende Gewaltbereitschaft erfordert neben akuten polizeilichen und strafrechtlichen Maßnahmen eine umfassende und langfristig angelegte Strategie der sozialen Betreuung und Integration.

## EUROPOL – ein erster Schritt

Die Organisierte Kriminalität stellt eine besondere Bedrohung für Industriestaaten wie die Bundesrepublik Deutschland dar. Zu einer wirksamen Bekämpfung der Organisierten Kriminalität müssen die rechtlichen Instrumentarien angepaßt werden. Der Einsatz technischer Mittel zur Überwachung des gesprochenen Wortes in Wohnungen ist dazu dringend erforderlich. Wir benötigen deshalb eine entsprechende Änderung des Grundgesetzes. Darüber hinaus muß die Organisierte Kriminalität durch internationale Zusammenarbeit bekämpft werden. Die Einrichtung von EUROPOL ist ein erster Schritt.

Massenkriminalität betrifft die Mehrzahl der Bürger in ihrem unmittelbaren Lebensumfeld und beeinträchtigt erheblich ihr Sicherheitsempfinden. Das rasche Anwachsen der Alltagskriminalität ist auch Folge einer Abkehr vom Werte- und Normengefüge des Rechtsstaats. Dieser muß wieder breitere gesellschaftliche Akzeptanz finden. Daneben müssen polizeiliche Maßnahmen dieser Entwicklung gegensteuern. Deshalb sind die personellen und materiellen Bedingungen im Bereich der Ermittlungs- und Strafverfolgungsbehörden gezielt zu verbessern.

**„Probleme mit der Wirklichkeit:“**

# SPD – Partei ohne Eigenschaften

„Wo die SPD-Führung nun wirklich nicht nach Karlsruhe hatte gehen können, um sich ihren Vorsitzenden vom Bundesverfassungsgericht benennen zu lassen, mußte sie auf einen anderen Weg verfallen, wenn sie eine Entscheidung über die Engholm-Nachfolge bekommen wollte. Sie fragte die Parteimitglieder.“

Mit diesen Worten kommentierte die Süddeutsche Zeitung den momentanen Zustand der „Partei ohne Eigenschaften“ (SZ, 25. 6. 1993).

## Scharping steht auf verlorenem Posten

Gefeiert wurde der neue SPD-Vorsitzende und Kanzlerkandidat Rudolf Scharping bereits vor seiner Wahl auf dem Essener Sonderparteitag der SPD. Tatsächlich ist Scharping „kein Gegner für Kohl“ — so das Ergebnis einer Meinungsumfrage aus dem Juni (FAZ, 16. 6. 1993). „Nach den innerparteilichen Kontroversen um Asylregelung und UN-Einsätze, nach dem schmerzhaften Abgang Engholms und den folgenden Diadochenkämpfen wirkt die SPD angeschlagen. Man muß bis 1982 in die Endzeit der Schmidt-Ära zurückgehen, um ein ähnlich desolates Bild der Partei zu finden. 61 Prozent halten die SPD heute für zerstritten und konturlos. In der Wählergunst ist sie auf 33 Prozent abgerutscht, fast sechs Prozent unter ihren Stand vom Jahresbeginn. Dagegen steigen die Sympathien für die Union allmählich wieder an“ (FAZ, 16. 6. 1993).

Laut einer Wickert-Umfrage glauben

64 Prozent der Deutschen, daß Scharping bei einer Bundestagswahl nicht gegen Kohl gewinnen kann (ddp, 28. 6. 1993).

## Gegenwind aus der SPD

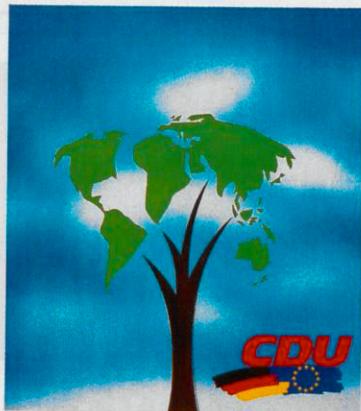
„Als bloße Partei des Verteilens haben wir keine Zukunft“, so die Einsicht Rudolf Sharpings auf dem SPD-Sonderparteitag. Damit forderte er allerdings die SPD-Linke zum Widerspruch heraus — postwendend brach der alte Grabenkampf in der SPD wieder auf: „Die Partei wird nicht umhinkommen, über die Verteilung von Reichtum, die Anhäufung von leistungslosen Einkommen, über SPD-Alternativen zur Privatisierung und Deregulierung bei der Reform des Staatswesens zu reden“, mahnte der SPD-Bundestagsabgeordnete Horst Peter seinen neuen Parteichef (FR, 25. 6. 1993). Deutlich auf Distanz zu Scharping ging Peter auch in Sachen Wirtschafts- und Sozialpolitik. Scharf kritisierte er die Äußerungen des SPD-Vorsitzenden zum Standortsicherungsgesetz und zur Pflegeversicherung. Scharping dürfe nicht seine persönlichen Ansichten als Position der SPD ausgeben (FR, 25. 6. 1993).

## Kein Konzept für die Zukunft

Angesichts der andauernden Orientierungslosigkeit der SPD kommt der Marburger Politikwissenschaftler Thomas Jäger zu dem Ergebnis, daß die SPD ohne Perspektive und längerfristige Ziele dastehe. „Konkret: Der Opposition fehlt ein Konzept für die Zukunft der Demokratie in Deutschland“ (FAZ, 29. 6. 1993).

## EINE WELT AKTION '93

ENTWICKLUNG UND UMWELT



TEXTE · REDEN · GEDANKEN

Umwelt- und Entwicklungspolitik im globalen Zusammenhang. Texte — Reden — Gedanken zur aktuellen Umwelt- und Entwicklungspolitik der CDU.

Bestell-Nr.: 5596

Verpackungseinheit: 10 Expl.

Preis je 10 Expl.: 14,50 DM

Wir haben unser Angebot der beliebten Anstecker erweitert: Ab sofort gibt es in unserem Versandzentrum den Pin „Politik weiblich“.



Bestell-Nr.: 9593

Verpackungseinheit: 25 Exemplare

Preis je Einheit: 27,50 DM

## ZUR VERANTWORTUNG ERZIEHEN

### Bildung - Schlüssel zur Zukunft

Beiträge zur aktuellen Bildungspolitik



Beiträge zum bildungspolitischen Kongreß der CDU am 4./5. März 1993 in Wiesbaden

Bestell-Nr.: 5597

Verpackungseinheit: 10 Expl.

Preis je 10 Expl.: 12,90 DM

Bestellungen an:

per Fax 05423/41521

oder

IS-Versandzentrum

Postfach 1164

33759 Versmold

Alle Preise inkl. Versand zuzügl.  
MwSt.

UNION BETRIEBS GMBH  
POSTFACH 2449  
5300 BONN 1

## Neu in Versmold: Materialien 4

- Im Gespräch: Ein neues Grundsatzprogramm. Diskussionsentwurf

Bestell-Nr.: 3569

Verpackungseinheit: 10 Stück

Preis je Einheit: 19,50 DM

- Leitfaden zur Grundsatzprogramm-Diskussion (Materialien 1)

Bestell-Nr.: 3570

Verpackungseinheit: 10 Exemplare

Preis je Einheit: 13,— DM

- Materialien 2: Zahlen, Daten, Fakten, Prognosen

Bestell-Nr.: 3574

Verpackungseinheit: 5 Exemplare

Preis je Verpackungseinheit: 29,50 DM

- Materialien 3 (Die CDU und das „C“) zum Grundsatzprogrammentwurf

Bestell-Nr.: 3575

Verpackungseinheit: 5 Exemplare

Preis je Einheit: 18,50 DM

## Im Gespräch: Ein neues Grundsatzprogramm

Materialien 4  
Gesellschaftspolitik



- Materialien 4: Gesellschaftspolitik

Bestell-Nr.: 3607

Verpackungseinheit: 5 Exemplare

Preis je Verpackungseinheit: 18,50 DM

**Ud**

**22/1993**

**UNION IN DEUTSCHLAND** — Informationsdienst der Christlich Demokratischen Union Deutschlands. Für den Inhalt verantwortlich: Axel König. Redaktion: Ernst-Jörg Neuper, Konrad-Adenauer-Haus, 53113 Bonn, Telefon (02 28) 54 41, Verlag: Union Betriebs GmbH, Friedrich-Ebert-Allee 73–75, 53113 Bonn, Tel. (02 28) 53 07-0, Telefax (02 28) 53 07-118/119. Vertrieb: Tel. (02 28) 544-421. Verlagsleitung: Dr. Uwe Lüthje, Bernd Profittlich. Bankverbindung: Sparkasse Bonn, Konto Nr. 7510 183 (BLZ 380 500 00), Postgirokonto Köln Nr. 1937 95-504 (BLZ 370 100 50). Abonnementspreis jährlich 52,— DM. Einzelpreis 1,50 DM. Herstellung: **V**A Vereinigte Verlagsanstalten GmbH, Düsseldorf.